



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

**Institut für Soziologie
Arbeits-, Industrie- & Wirtschaftssoziologie**

**# 7/2009 | WORKING PAPERS:
ECONOMIC SOCIOLOGY JENA**

Diana Lehmann, Klaus Dörre, Karin Scherschel

**Prekarität und Migration
Ausgewählte Daten und Trends**

ISSN 1864-7588

Jena, Juni 2009

Prekarität und Migration
– ausgewählte Daten und Trends –



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Diana Lehmann, Klaus Dörre, Karin Scherschel

Jena, Juni 2009

1. EINLEITUNG	2
2. SOZIOGRAMM DER AUSLÄNDISCHEN BEVÖLKERUNG IN DEUTSCHLAND	11
2.1 ANZAHL UND ANTEILE DER AUSLÄNDISCHEN BEVÖLKERUNG	11
2.2 ALTER	12
2.3 QUALIFIKATION/ BILDUNG/ AUSBILDUNG	13
3. ARBEITSLOSIGKEIT UND EMPFANG VON TRANSFERLEISTUNGEN	18
3.1 TEILHABE AM ERWERBSLEBEN	18
3.2 EMPFANG STAATLICHER TRANSFERLEISTUNGEN/ ÜBERWIEGENDER LEBENSUNTERHALT	21
3.3 FÖRDERUNG DURCH ARBEITSMARKTPOLITISCHE INSTRUMENTE	22
3.4 ARMUTSRISIKO	24
4. BESCHÄFTIGUNG VON MIGRANTEN	26
4.1 WOCHENARBEITSZEIT/ UMFANG DER BESCHÄFTIGUNG	28
4.2 (SOLO-)SELBSTSTÄNDIGKEIT	29
4.3 GERINGFÜGIGE BESCHÄFTIGUNG	33
4.4 LEIHARBEIT	35
4.5 SAISONARBEIT	38
4.6 NIEDRIGLOHNBESCHÄFTIGUNG	39
5. FAZIT: VON MARGINALISierter ZU DISQUALIFIZIERENDER ARMUT UND PREKARITÄT	44
6. LITERATUR	50

1. Einleitung

Lange Zeit nur Eingeweihten bekannt, sind Begriffe wie Prekarisierung und Prekariat inzwischen in aller Munde. Seiner wörtlichen Bedeutung nach lässt sich prekär mit widerrufen, unsicher oder heikel übersetzen. Aktuell wird der Begriff genutzt, um die Ausbreitung unsicherer Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse in den – an sich reichen – Gesellschaften des Westens zu thematisieren. Tatsächlich beruhte das Job-Wachstum in den EU-Staaten wie auch in Deutschland während des zurückliegenden Jahrzehnts nicht ausschließlich, aber doch in erheblichem Maße auf einem Zuwachs an flexiblen, überwiegend prekären Arbeitsverhältnissen. Dazu zählen Leih- und Zeitarbeit, Tätigkeiten im Niedriglohnbereich, befristete Beschäftigung und erzwungene Teilzeitarbeit ebenso wie Mini- oder Midi-Jobs, abhängige Selbstständigkeit oder sozialpolitisch geförderte Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs). Gemeinsam ist diesen Beschäftigungsformen, soweit sie als prekär bezeichnet werden müssen, dass sie oberhalb eines kulturellen Minimums nicht dauerhaft Existenz sichernd sind. Die Zunahme „atypischer“ Arbeitsverhältnisse, die in Deutschland 2007 25,5 % aller abhängigen Beschäftigungsverhältnisse ausmachten (1997: 17,5 %), bringt die Expansion unsicherer Beschäftigung nur höchst unvollständig zum Ausdruck. So arbeiten inzwischen ca. 18 % aller Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnbereich (Verdienst von weniger als zwei Drittel des Medianlohns); sie sind Prekärer mit „normalem“ Beschäftigungsverhältnis.

Getrieben von primär kostenorientierten Flexibilisierungs- und Rationalisierungsstrategien der Unternehmen spalten sich die Arbeitsgesellschaften in Zonen mit unterschiedlicher sozialer Kohäsion. Zwar befindet sich die Mehrzahl der Beschäftigten zumindest in Deutschland noch immer in einer Zone der Integration mit standardisierten Arbeitsverhältnissen und halbwegs intakten sozialen Netzen. Darunter expandiert jedoch eine Zone der Prekarität, die sich sowohl durch unsichere Beschäftigung, als auch durch poröse soziale Netze auszeichnet. Am unteren Ende der Hierarchie entsteht eine Zone der Entkoppelung, in der sich Gruppen ohne reale Chance auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt befinden. Bei diesen „Überzähligen“ der Arbeitsgesellschaft paart sich der Ausschluss von regulärer Erwerbsarbeit mit sozialer Isolation.

Prekarität und Migration – ein verdrängtes Problem

Was in der aktuellen Debatte häufig übersehen wird: Die Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen ist kein neues Phänomen. Für viele Menschen mit Migrationshintergrund ist sie seit langem ständiger Begleiter. Grundsätzlich gilt:

Migranten arbeiten überproportional in Beschäftigungsverhältnissen mit niedriger Entlohnung und instabilen Rahmenbedingungen. Zudem zeigt sich ein deutlicher Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Die Beschäftigungsquote ist seit den 1990er Jahren in Deutschland stark rückläufig, die Arbeitslosenquote der Migranten ist fast doppelt so hoch wie die der einheimischen Bevölkerung. Ihre benachteiligte Situation im Bildungswesen und ihre prekäre Situation am Arbeitsmarkt wird in den aktuellen Debatten auf verschiedene Ursachen zurückgeführt: Die sozioökonomisch schwierige Lage der ersten Generation der Arbeitsmigranten wird mit ihrer speziellen „Rekrutierungsgeschichte“ begründet. Die Anwerbepolitik in den 1950-60er Jahren diente dem Ausgleich des Arbeitskräftemangels in bestimmten Industriezweigen der westdeutschen Nachkriegsökonomie. In der Regel handelte es sich um niedrige Positionen, die wenig Aussicht auf Weiterbildung und betriebsinterne Aufstiege boten. Im Laufe des Strukturwandels des Arbeitsmarktes wurden diese Positionen prekär, den Nachkommen – der zweiten Generation – wird diese „Rekrutierungsgeschichte“ in Form von geringem ökonomischen Kapital und fehlenden Netzwerken „vererbt“.¹ Der zweiten Generation fehlen die sogenannten aufnahmelandsspezifischen Kapitalien (z.B. niedriger beruflicher Status des Vaters). Trotz zum Teil gleicher Bildungsabschlüsse gelingt ihnen nicht in einem vergleichbaren Maße wie ihren Mitschülern ohne Migrationshintergrund der Zutritt zum Arbeitsmarkt. Ihre Investitionsmöglichkeiten in Bildung und Zukunft sind aufgrund der sozialen Herkunft eingeschränkt.² Ansätze, die das Diskriminierungsargument stark machen, betonen zudem, dass in den Schulen und am Arbeitsmarkt aufgrund ethnischer Merkmale Selektionsprozesse stattfinden. In Rekrutierungsentscheidungen von Arbeitgebern sind ethnische Merkmale mit negativen Vorstellungen über die Leistungsfähigkeit verknüpft, sie fungieren als „Orientierungshilfen“ und führen in Konkurrenzsituationen zum Ausschluss.³

Während die Arbeitsmigranten der Anwerbephase und ihre Nachkommen einen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, gilt dies nicht für alle Zuwanderungsgruppen.

¹ Bommers, Michael (2004): Zur Bildung von Verteilungsordnungen in der funktional differenzierten Gesellschaft. Erläutert am Beispiel ›ethnischer Ungleichheit‹ von Arbeitsmigranten, In: Schwinn, Thomas (Hg.), Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung, Frankfurt a.M., S. 399-428.

² Kalter, Frank (2006): Auf der Suche nach einer Erklärung für die spezifischen Arbeitsmarktnachteile von Jugendlichen türkischer Herkunft. In: Zeitschrift für Soziologie 35, S. 144-160.

³ Seibert, Holger/Solga, Heike (2005): Gleiche Chancen dank einer abgeschlossenen Ausbildung? Zum Signalwert bei Ausbildungsabschlüssen bei ausländischen und deutschen jungen Erwachsenen. In: Zeitschrift für Soziologie 34, S. 364-382.

In den verschiedenen Phasen der Regulierung der Ausländerbeschäftigung hat sich ein differenziertes System von Zugangsrechten und Teilhabechancen entwickelt. Gerade im Fall von Migranten resultieren prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen nicht allein aus Arbeitsmarktproblemen, sondern ebenso aus rechtlich-politischen Einschränkungen, die mit dem Aufenthaltsstatus verknüpft sind. Vorrangigen Arbeitsmarktzugang haben Deutsche, Unionsbürger und privilegierte Nichtdeutsche.

Beispielhaft kann dies an der Situation der Asylbewerber aufgezeigt werden. Sie sind in ihrem Zugang zu allen zentralen gesellschaftlichen Bereichen (Arbeitsmarkt, Bildung, Wohlfahrt) restringiert. Ihre prekäre Lage am Arbeitsmarkt ist auch nicht das Ergebnis niedriger Qualifikationen. Im Gegenteil gelten sie als überdurchschnittlich hochqualifiziert. Ihr Problem besteht darin, dass ihnen temporär kein Zugang gestattet wird. Wenn sie einen Zugang zum Arbeitsmarkt finden, ist dieser nachrangig.⁴

Hinter dem Sammelbegriff Migrant verbirgt sich folglich eine Vielzahl heterogener Lebensrealitäten. Migrationsregime definieren klare Unterscheidungen zwischen einzelnen Zuwanderungsgruppen und legen deren Rechte und Ansprüche fest.⁵ Die unterschiedlichen aufenthaltsrechtlichen Statuspositionen von Migranten können vier Hauptgruppen zugeordnet werden: (1) Migranten mit sofortigem Zugang zur Staatsbürgerschaft: Das sind vor allem die so genannten Spätaussiedler, die aufgrund ihrer Abstammung als deutsche Volksangehörige anerkannt werden. Mit dem Zugang zur Staatsbürgerschaft sind sie im Besitz aller Bürgerrechte. (2) Zuwanderer mit gesichertem Aufenthaltsstatus (Denizens): Dazu zählen Bürger aus den Staaten der EU, anerkannte Flüchtlinge und langansässige Arbeitsmigranten. Sie haben keine politischen Rechte, sind aber in die Systeme der sozialen Sicherung integriert (für EU-Bürger gelten hier einige Besonderheiten). Für den Bezug sozialer Leistungen ist dieser Aufenthaltsstatus maßgeblich, da er auch nach mehrmaligem Bezug staatlicher Alimentierungen nicht gefährdet werden kann. (3) Nachziehende Familienangehörige, Arbeitsmigranten: In Deutschland ist die Migration auf der Basis des Nachzugs von Familienangehörigen eine der größten Gruppen. Der Familiennachzug ist an einen gesicherten Lebensunterhalt und aus-

⁴ Scherschel, Karin (2008): Prekäres Leben, prekäre Forschungslage – Zur Notwendigkeit einer integrierenden Perspektive auf Fluchtmigration. In: Altenhain, C. et al. (Hrsg.): Von „Neuer Unterschicht“ und Prekariat. Gesellschaftliche Verhältnisse und Kategorien im Umbruch. Kritische Perspektiven auf aktuelle Debatten. Bielefeld, S. 77-91.

⁵ Mit dem neuen Zuwanderungsgesetz ist die Zahl der Aufenthaltstitel zwar von fünf auf zwei reduziert (befristete/unbefristete Niederlassungserlaubnis) worden, der befristete Aufenthaltstitel differenziert sich aber nach verschiedenen Aufenthaltszwecken (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Familiennachzug, humanitäre Gründe). Über diese Aufenthaltszwecke konstituieren sich die Zuwanderungsgruppen. Der seit 2000 erscheinende Migrationsbericht der Bundesregierung gibt sowohl Auskunft über die Bedingungen (Dauer, Zugang Arbeitsmarkt etc.) des Aufenthaltes dieser Gruppen als auch über ihre zahlenmäßige Entwicklung im Laufe der letzten Jahre.

reichenden Wohnraum gebunden. Arbeitsmigranten können wiederum in zwei Gruppen eingeteilt werden: (a) Hochqualifizierte und Arbeitskräfte mit einer im Aufnahmeland gefragten Qualifikation, (b) Temporäre Arbeitsmigranten, deren Aufenthalt an ein bestimmtes Arbeitsverhältnis gebunden ist. (4) Die vierte Gruppe von Migranten hat die schlechtesten Aussichten auf eine Verfestigung des Status⁶. Mohr nennt diese im Anschluss an Castles/Davidson⁷ Margizens. Zu den Margizens zählen zweifelsohne die Fluchtmigranten mit ungesichertem Aufenthaltsstatus. Dem könnte noch eine fünfte Gruppe hinzugefügt werden, die der Illegalisierten, die aus den legitimen Teilhabemöglichkeiten vollkommen ausgeschlossen ist.⁸

Ein weiteres Hindernis bei der Arbeitsmarktintegration ist die hohe Bedeutung formaler Bildungs- und Qualifikationsnachweise am deutschen Arbeitsmarkt. Dadurch werden vor allem Zuwanderer mit einer hohen Qualifikation benachteiligt. Mitgebrachte Qualifikationen werden häufig entwertet, was insbesondere jüdische Migranten, Spätaussiedler und Fluchtmigranten betrifft, die über hohe, teilweise akademische Abschlüsse (etwa 80 % der 35- bis 60jährigen) verfügen. Die Nichtanerkennung von Abschlüssen bewirkt hohe Arbeitslosenraten und unterwertige Beschäftigung. Die Möglichkeiten zur Nachqualifizierung bleiben dagegen begrenzt. Aufgrund ihres unsicheren Status sind Migranten eher bereit, eine prekäre Beschäftigung anzunehmen, die für Deutsche wegen der geringen Bezahlung und schlechter Aufstiegschancen unattraktiv ist. Für die oft geäußerte Vermutung, dass Migranten ohne rechtmäßigen Arbeitsmarktzugang überproportional illegal beschäftigt sind, gibt es hingegen keine verlässlichen Belege. Nach Schätzungen sind nur rund 13 % der illegal Beschäftigten Migranten. Besonders groß ist das Prekarisierungsrisiko, wenn Migrationshintergrund, Sprachbarrieren und Qualifikationsdefizite zusammenfallen. 72,5 % aller ausländischen Arbeitslosen im Jahr 2003 verfügten über keine abgeschlossene Berufsausbildung. In der Gruppe der türkischen Staatsangehörigen lag der Anteil von Arbeitslosen ohne Berufsausbildung mit 81,8 % noch weit höher als der Durchschnitt aller ausländischen Arbeitslosen (72,5 %).

⁶ Vgl. Mohr, Katrin (2005): Stratifizierte Rechte und soziale Exklusionen von Migranten im Wohlfahrtsstaat. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 34, Heft 5, S.383-398.

⁷ Castles, Stephen/Davidson, Alastair (2000): Citizenship and Migration. Globalization and the Politics of Belonging. London: MacMillan.

⁸ Vgl. Scherschel, Karin (2009): Dimensionen der Ungleichheit im nationalstaatlich stratifizierten sozialen Raum. In: Müller, Marion/Zifonun, Dariu's (Hrsg.): Ethnowissen. Soziologische Beiträge zu ethnischer Differenzierung und Migration. Reihe: Soziologien der Politiken, VS-Verlag. Wiesbaden.

Eine Besonderheit ist der Status von Werkvertragsarbeitnehmern, der auf befristeten und zweckgebundenen Arbeitsaufenthalten basiert, die durch bilaterale Regierungsvereinbarungen geregelt werden. Auf diese Weise wird eine kontingentierte Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern bei ausländischen Subunternehmern von deutschen Firmen ermöglicht. Angesichts der hohen Arbeitslosenraten wurden diese Kontingente in den letzten Jahren zurückgefahren. Das Kontingent zwischen Oktober 2003 und April 2004 betrug 54.480 Beschäftigte; es wurde jedoch im Jahresdurchschnitt 2003 um etwa 10.000 nicht ausgeschöpft. Saisonarbeiter, die vorrangig in der Land- und Forstwirtschaft (90 %) sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe (7 %) für maximal drei Monate im Jahr eingesetzt werden, sind eine weitere prekäre Beschäftigungsform. Die niedrigen Entlohnungsverhältnisse auf den von Saisonarbeitern aufgesuchten Arbeitsmärkten haben vor allem einen strukturkonservierenden Effekt, der Unternehmen mithilfe niedriger Produktionskosten am Markt hält, die sonst nur geringe Aussichten auf ein Fortbestehen hätten (Bommes 2008: 23).⁹

Da geringe schulische und berufliche Qualifikationen die wichtigste Ursache für die prekäre Beschäftigung von Ausländern sind, dürfte sich, so unsere Vermutung, an der Gesamtproblematik auch in naher Zukunft wenig ändern. So besitzen Jugendliche mit Migrationshintergrund durchschnittlich noch immer schlechtere Schulabschlüsse. Ausländische Jugendliche und junge Erwachsene verfügen nach wie vor seltener über formale Berufsabschlüsse, arbeiten demzufolge häufiger als An- und Ungelernte und sind daher stärker von Arbeitslosigkeit und Prekarität bedroht. Hinzu kommt, dass bei gleichen Bildungsabschlüssen fehlende soziale Netzwerke und Diskriminierung ebenfalls zu prekären Lebens- und Arbeitssituationen führen können. Die Liste der Prekarisierungsrisiken ließe sich deutlich erweitern, etwa um den überdurchschnittlichen Anteil von Migranten an den Niedrig- und Niedrigstlohnbeschäftigten.

Einige Trends aus der ersten Expertise

Dass sich die Problematik „Migration und Prekarität“ noch immer verdrängen lässt, dürfte nicht zuletzt auf die insgesamt eher dürftige Datenlage zurückzuführen sein. Wir hatten in unserer Expertise von 2006 versucht, einige verfügbare Daten zur prekären Situation von Menschen mit Migrationshintergrund zusammenzustellen und dabei fünf Trends herausgearbeitet.¹⁰

⁹ Bommes, Michael (2008): Migration und die Veränderung der Gesellschaft. In: APuZ 35-36. S.20-25.

¹⁰ Vgl. Brinkmann, Ulrich/ Dörre, Klaus/ Röbenack, Silke (2006): Prekäre Arbeit. Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Bearbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Bonn, S. 43-54.

- (1) Die Beschäftigungsquote von Personen mit Migrationshintergrund ist im Schnitt deutlich geringer als die der Deutschen; sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Migranten sinkt seit Jahren und zwar stärker als bei der deutschen Erwerbsbevölkerung. Zudem erfüllen Migranten weitaus häufiger eine „konjunkturelle Pufferfunktion“ im Arbeitsmarkt als Deutsche. Auch sind Migranten durchschnittlich stärker vom Strukturwandel der Wirtschaft betroffen, weil sie relativ häufiger als Deutsche im sekundären Sektor und als Arbeiter beschäftigt sind.
- (2) Migranten sind relativ häufiger teilzeit- und geringfügig entlohnt beschäftigt. Die Kombination von geringfügig entlohntem Nebenjob und regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung findet sich ebenfalls weitaus häufiger bei Migranten als bei Deutschen. Dagegen sind die Haushaltseinkommen von Migranten geringer als die der deutschen Bevölkerung. Die Ungleichheit fällt bei Haushalten mit nur einem erwerbstätigen Haushaltsvorstand besonders stark aus.
- (3) Migranten sind doppelt so oft von Arbeitslosigkeit betroffen; der Anteil an Sozialhilfeempfängern übertrifft den der deutschen Bevölkerung um das Dreifache. Personen mit Migrationshintergrund haben mit 24 % (2003; 1998 19,6 %) ein höheres Armutsrisiko als die deutsche und die Gesamtbevölkerung (Armuts- und Reichtumsbericht). Die geringeren Teilhabechancen von Migranten basieren in erster Linie auf einem höheren Erwerbsrisiko, welches neben Sprachproblemen, geringerer Bildung und beruflicher Qualifikation, auch auf z. T. unsichere Aufenthaltsbedingungen, gesetzlich geregelten Nachrang bei den Zugängen zum Arbeitsmarkt sowie (indirekter) Diskriminierung von Beschäftigten zurückzuführen ist. Insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund haben aufgrund schlechterer Bildungsabschlüsse ungünstigere Startbedingungen in das Arbeitsleben als deutsche Kinder.
- (4) Die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund ist allerdings in sich heterogen: EU-Bürger oder Angehörige von Industriestaaten, mit Ausnahme derjenigen aus den ehemaligen Anwerbestaaten (Griechen und Italiener), sind von prekären Arbeits- und Lebensbedingungen relativ seltener betroffen als andere Migranten;

dagegen ist insbesondere die türkische Bevölkerung nur ungenügend in den Arbeitsmarkt integriert.

- (5) Wie eine Situation, die strukturell durch größere soziale Unsicherheit und ausgeprägtere Prekarisierungsrisiken bestimmt wird, von Migranten selbst gesehen wird, ist kaum erforscht. Immerhin gibt es einige Hinweise. So meinten 2002 (Datenreport 2004: 470, Allbusbefragung) 60 % der Ausländer, dass sie einen gerechten bzw. mehr als den gerechten Anteil am Lebensstandard in Deutschland erhalten. Migranten sind damit im Durchschnitt deutlich zufriedener als die ostdeutsche Bevölkerung (40 %; Westdeutsche 68 %). Bei einem erheblichen Teil der Ausländer überwiegt in Bezug auf die Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Lage eine Art „(Zweck-)Optimismus“ (ebd.: 475f.); so erwarteten 2002 45 % der befragten Migranten eine Verbesserung und nur 15 % eine Verschlechterung ihrer Lage.

Inzwischen liegen aktuellere und teilweise auch bessere Daten vor. So stehen erstmals Daten zur Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund zur Verfügung, die innerhalb dieser Gesamtpopulation verschiedene Migrationsgruppen unterscheiden. Allerdings erschweren die zum Teil sehr unterschiedlichen Datengrundlagen noch fundierte Aussagen zur Arbeitssituation von Migranten.

Ergebnisse der Aktualisierung

Anspruch der vorliegenden Expertise ist es, die neuen Daten zusammenzustellen und einen ersten Überblick zu liefern. Ein zentrales, wenig überraschendes Ergebnis unserer ersten Datensichtung lässt sich aber schon jetzt formulieren. Nach wie vor sind Migranten am Arbeitsmarkt strukturell benachteiligt. Obwohl die Arbeitslosenquote im Zuge der anziehenden Konjunktur auch bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gesunken ist, liegt diese noch deutlich über jener der deutschen Bevölkerung. Eine Besserung der Situation ist aus Sicht der Bundesregierung nicht nur aufgrund sozial- und gesellschaftspolitischer Gründe erforderlich, sondern wird nicht zuletzt durch die demographische Entwicklung und dem damit in Verbindung stehenden Fachkräftemangel zu einem wichtigen gesellschaftspolitischen Ziel. Von Gleichberechtigung der Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund sind wir nach wie vor weit entfernt.¹¹

¹¹ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin, S. 79f.

Insgesamt lassen sich auf der Basis der neuen Daten folgende Trends identifizieren:

(1) Die soziale und wirtschaftliche Situation von Migranten ist grundlegend schlechter einzustufen als die von Menschen ohne Migrationshintergrund. Erstere weisen zudem ein deutlich höheres Armutsrisiko auf: 28 % leben mit weniger als 60 % des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens, fast doppelt so viele wie bei den Nicht-Migranten, hier sind es „nur“ 15 %.¹²

(2) Migranten sind überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen, dabei wiederum wesentlich höher von Langzeitarbeitslosigkeit, was sich auch in dem überdurchschnittlich hohen Anteil von ALG II-Beziehern mit Migrationshintergrund ablesen lässt.¹³

(3) Kontrastierend zu den Arbeitslosenzahlen weisen Migranten eine geringere Beschäftigungsquote auf und sind überdies häufiger in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen vertreten.¹⁴

(4) Außerdem verfügen Migranten durchschnittlich über eine schlechtere Qualifikation als Nicht-Migranten. Diese Aussage beschränkt sich nicht nur auf den Bereich der schulischen Bildung, sondern schließt auch die berufliche und akademische Bildung ein.¹⁵

Der Schwerpunkt unserer Datensammlung liegt bei der Betrachtung „atypischer“ und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Über deren arbeitsmarktpolitische Funktion wird noch immer kontrovers diskutiert. Inzwischen mehren sich Zweifel an der beschäftigungsfördernden Funktion dieser Beschäftigungsverhältnisse¹⁶, ein für Menschen mit Migrationshintergrund durchaus ambivalenter Befund. Basis unserer Datenpräsentation sollen vor allem drei Quellen sein: Das Statistische Jahrbuch 2007 und die Veröffentlichung Bevölkerung und Erwerbs-

¹² Vgl. Ebd., S. 116f.

¹³ Vgl. Ebd., S. 117f.

¹⁴ Vgl. Ebd., S. 86.

¹⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (2008): Fachserie 1. Reihe 2.2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Wiesbaden, S. 40.

¹⁶ Vgl. Promberger, Markus et al. (2006): Leiharbeit im Betrieb. Strukturen, Kontexte und Handhabungen einer atypischen Beschäftigungsform. Abschlussbericht. Nürnberg, S. 119f.

tätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund des Statistischen Bundesamtes sowie der Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.¹⁷

Die Klassifikationen zur Erfassung des Migrantenstatus sind dabei nicht einheitlich. Nicht immer ist es möglich, die ausgewählten Parameter (Selbstständigkeit, Mini-Midijobs etc.) zur Darstellung der prekären Lage von Migranten in Deutschland auf die gleiche Population zu beziehen. Zuweilen wird in der Statistik nach Migrationshintergrund unterschieden, zuweilen aber auch nach dem Kriterium der Staatsangehörigkeit oder der Klassifikation deutsch/ausländisch.

Das Statistische Bundesamt unterscheidet zwischen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Einen Migrationshintergrund hat eine Person dann, wenn sie nicht in Deutschland geboren wurde und erst nach 1950 zugewandert ist (Spätaussiedler), sie keine deutsche Staatsangehörigkeit hat oder eingebürgert wurde sowie dann, wenn ein Elternteil eine der zuvor aufgeführten Kriterien erfüllt.¹⁸ Demgegenüber erfasst die Kategorie Ausländer lediglich die Personengruppe ohne deutsche Staatsangehörigkeit. In amtlichen Statistiken zur Struktur der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten oder zur Schul- und Berufsausbildung wird z. B. lediglich nach Nationalität unterschieden. Zudem werden statistische Angaben nicht immer mit Blick auf das numerische Verhältnis Mehrheitsbevölkerung/Minderheitsbevölkerung relationiert. Deshalb wird in der folgenden Kommentierung der Daten, wenn erforderlich, auf die verschiedenen Formen der Erfassung und die damit verbundenen Effekte eigens eingegangen.

¹⁷ Da in den angesprochenen Veröffentlichungen Daten des Mikrozensus verschiedener Jahrgänge verwendet werden, kann es bei den Zahlenwerten gelegentlich zu leichten Abweichungen kommen.

¹⁸ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): 7. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin, S. 14f.

2. Soziogramm der ausländischen Bevölkerung in Deutschland

2.1 Anzahl und Anteile der ausländischen Bevölkerung

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland umfasste im Jahr 2007 insgesamt 82.465.300 Menschen, darunter 15.332.900 mit Migrationshintergrund. Diese Bevölkerungsgruppe stellt damit fast ein Fünftel der Bevölkerung.

Tabelle 1: Bevölkerung nach Migrationshintergrund

Bevölkerung gesamt	82.465.300
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	67.133.400 (81 %)
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	15.332.900 (19 %)

Quelle: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): Tabelle 4., S. 211.

Die Heterogenität der Menschen mit Migrationshintergrund zeigt die folgende Darstellung: Zu je knapp 5 % setzt sich der migrantische Bevölkerungsteil aus (Spät-)Aussiedlern sowie Eingebürgerten und deren Kindern zusammen. Etwa 9 % der Gesamtbevölkerung haben keine deutsche Staatsangehörigkeit.

Tabelle 2: Bevölkerungsgruppen nach Migrationshintergrund

	Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	Bevölkerung mit Migrationshintergrund	davon			
			(Spät-)Aussiedler und Nachkommen	Eingebürgerte/ als Deutsche geborene Kinder von Zuwanderern	zugewanderte/ in Dtl. geborene Ausländer	Bevölkerung gesamt
in 1000	67.132	15.333	4.053	3.959	7.321	82.465
In %	81,4	18,6	4,9	4,8	8,9	100,0

Quelle: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): Tabelle 4., S. 211.

Differenziert man, wie in Tabelle 3, nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten, dann ist die größte Teilgruppe innerhalb der Migranten türkischstämmige Menschen. Sie machen 25 % aller Ausländer aus, knapp 8 % sind italienischer, jeweils etwa 5 % griechischer oder polnischer Herkunft.

Tabelle 3: Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	Ausländer im Bundesgebiet			
	insgesamt	männlich	weiblich	in %
Ausländer insgesamt	6.751.002	3.478.426	3.272.576	100,0
Türkei	1.738.831	920.861	817.970	25,8
Italien	534.675	315.432	219.255	7,9
Polen	361.696	175.275	186.421	5,4
Griechenland	303.761	165.761	138.602	4,5
Bosnien und Herzegowina	157.094	81.222	75.872	2,3

Quelle: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): Tabelle 2, S. 209.

2.2 Alter und Geschlecht

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist im Vergleich deutlich jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und damit auch deutlich jünger als die Durchschnittsbevölkerung (Tabelle 4). So liegt der Anteil der bis 20jährigen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei 29,7 %. Hingegen machen die bis 20jährigen an der Gesamtbevölkerung nur 19,5 %, an der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sogar nur 17,2 % aus. Einen – wenn auch nur leicht – überdurchschnittlichen Anteil, kann die Bevölkerung mit Migrationshintergrund auch bei den 21- bis 65jährigen vorweisen. Dieser liegt mit 62,1 % beinahe zwei Prozentpunkte höher als jener der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. In der Gruppe der über 65jährigen hingegen fallen die Anteile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit 8,2 % unterdurchschnittlich aus. Der Gesamtdurchschnitt liegt bei 19,7 %, während sie in der Gruppe ohne Migrationshintergrund mehr als 22 % ausmachen. Diese Darstellung verdeutlicht zusätzlich die sehr unterschiedliche Altersstruktur beider Gruppen. Zudem stellt die Bevölkerung mit Migrationshintergrund damit nicht nur den relativ höheren Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter; es ist auch davon auszugehen, dass dieser Anteil aufgrund der sehr starken Gruppe der bis 20jährigen weiter ansteigen wird.

Tabelle 4: Altersgruppen nach Migrationshintergrund

		Gesamtbevölkerung	Migrationshintergrund	
			ohne	mit
0-20	männlich	8.272.000 (10,0 %)	5.947.000 (8,8 %)	2.335.000 (15,4 %)
	weiblich	7.814.000 (9,5 %)	5.641.000 (8,4 %)	2.172.000 (14,3 %)
	gesamt	16.086.000 (19,5 %)	11.588.000 (17,2 %)	4.497.000 (29,7 %)
21-65	männlich	25.242.000 (30,6 %)	20.472.000 (30,5 %)	4.769.000 (31,5 %)
	weiblich	24.836.000 (30,2 %)	20.202.000 (30,1 %)	4.633.000 (30,6 %)
	gesamt	50.077.000 (60,8 %)	40.675.000 (60,5 %)	9.401.000 (62,1 %)
Über 65	männlich	6.794.000 (8,2 %)	6.193.000 (9,2 %)	600.000 (4,0 %)
	weiblich	9.414.000 (11,4 %)	8.770.000 (13,0 %)	641.000 (4,2 %)
	gesamt	16.207.000 (19,7 %)	14.964.000 (22,3 %)	1.242.000 (8,2 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2008): S. 32 und 36.

2.3 Qualifikation/ Bildung/ Ausbildung

Tabelle 5 zeigt, dass Absolventen mit Migrationshintergrund bei fast allen Schulabschlüssen unterrepräsentiert sind, wobei die Differenzen je nach Art der schulischen Bildung variieren. Lediglich beim Abitur können sie annähernd gleiche Erfolgsquoten aufweisen. Eine große Problematik wird sichtbar, wenn man den Blick auf den Anteil von Migranten ohne Schulabschluss richtet: Dieser liegt mit fast 10 % mehr als sechsmal so hoch, wie der von Personen ohne Migrationshintergrund. Migranten sind in beinahe allen Bildungsgängen unterrepräsentiert: Lediglich 14,4 % können einen Realschulabschluss vorweisen (ohne Migrationshintergrund: 18,7 %) und sie verfügen seltener über eine Fachhochschulreife (3,4 %; ohne Migrationshintergrund: 4,7 %). Selbst in den Schulen des unteren Bildungsniveaus wie der Hauptschule, schneidet die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund deutlich schlechter ab: Lediglich 29 % können auf einen derartigen Abschluss verweisen, während 37 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund einen Hauptschulabschluss haben. Der deutlich höhere Anteil (27,4 % gegenüber 15,3 % bei Menschen ohne Migrationshintergrund) von Menschen mit Migrationshintergrund in einer schulischen Ausbildung ist vor dem Hintergrund der Altersstruktur von Migranten wenig überraschend. Ursachen für die

Unterschiede sind Diefenbach zufolge auch auf Selektionsprozesse des Schulsystems zurückzuführen. Demnach sind „deutsche Schüler gegenüber Schülern anderer ethnischer Zugehörigkeit oder ausländischen Schülern [...] im Vorteil“.¹⁹ Lediglich beim Abitur scheinen Migranten zunächst nicht schlechter gestellt. Ursache hierfür ist möglicherweise der steigende Anteil der Bildungsausländer, die zur Aufnahme des Studiums nach Deutschland einreisen und eine dem Abitur gleichwertige schulische Ausbildung nachweisen können.²⁰

Tabelle 5: Schulische Bildung

		Nach Migrationshintergrund	
		ohne	mit
	Gesamtbevölkerung		
Hauptschule/ Volkshochschule	29.284.000 (35,6 %)	24.888.000 (37,0 %)	4.396.000 (29,0 %)
Polytechnischer Oberschule²¹	4.589.000 (5,6 %)	4.522.000 (6,7 %)	67.000 (0,4 %)
Realschule	14.714.000 (17,9 %)	12.538.000 (18,7 %)	2.176.000 (14,4 %)
Fachhochschulreife	3.658.000 (4,4 %)	3.137.000 (4,7 %)	521.000 (3,4 %)
Abitur	12.714.000 (15,4 %)	10.392.000 (15,5 %)	2.322.000 (15,4 %)
Ohne Schulabschluss	2.420.000 (2,9 %)	990.000 (1,5 %)	1.430.000 (9,4 %)
noch in schulischer Ausbildung	14.458.000 (17,6 %)	10.310.000 (15,3 %)	4.148.000 (27,4 %)
keine Angabe	531.000 (0,6 %)	449.000 (0,7 %)	82.000 (0,5 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2008): S. 40.

Das bereits zuvor beschriebene niedrigere schulische Qualifikationsniveau von Migranten setzt sich auch im Bereich der beruflichen Bildung fort (Tabelle 6). Zwar ist die Personengruppe mit Migrationshintergrund in einigen Bereichen gleich stark vertreten wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Dabei handelt es sich jedoch bevorzugt um Ausbildungssegmente, die eher dem unteren Bildungsniveau zuzuordnen sind. So ergeben sich kaum Unterschiede bei Anlernausbildungen und Praktika sowie dem Berufsvorbereitendem Jahr. Da letzteres auch den Erwerb des Hauptschulabschlusses zum Ziel hat, scheint der An-

¹⁹ Diefenbach, Heike (2004): Ethnische Segmentation im deutschen Schulsystem – Eine Zustandsbeschreibung und einige Erklärungen für den Zustand. In: Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Kultur (Hrsg.): Jahrbuch Arbeit, Bildung, Kultur e.V. Bd. 21/22. 2003/04. Recklinghausen, S. 225 – 255, hier S. 226.

²⁰ Vgl. Bundesministerium des Innern. Referat Öffentlichkeitsarbeit (2008): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2007, S. 58f.

²¹ Anm.: Abschluss der 10. Klasse der Allgemeinbildenden Schule in der ehem. DDR; entspricht dem Realschulabschluss.

teil von Migranten im Verhältnis zum hohen Anteil ohne Schulabschluss eher noch gering. Wesentlich seltener vertreten sind Personen mit Migrationshintergrund bei den beruflichen Ausbildungen. Die Differenz zu Nicht-Migranten liegt hier bei mehr als 20 %. Während 43,9 % – und damit beinahe die Hälfte aller Menschen ohne Migrationshintergrund – eine Lehre abgeschlossen haben, sind dies lediglich 23,6 % der Menschen mit Migrationshintergrund. Kaum Unterschiede ergeben sich hingegen bei den Universitätsabschlüssen und Promotionen. 6,0 % der Migranten verfügen über einen Hochschulabschluss oder eine Promotion, hingegen 6,6 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Der beinahe gleiche Anteil dürfte sich, wie zuvor bereits im Kontext der Allgemeinen Hochschulreife erläutern, auch durch den Anteil der so genannten Bildungsausländer zurückführen lassen.²² Überdurchschnittlich hoch fallen wiederum die Anteile derer aus, die über keine berufliche Qualifizierung verfügen (33,7 % zu 19,1 %), was z. T. sicher auch eine Folge der prekären schulischen Qualifizierung ist. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, der sich noch in beruflicher Qualifizierung befindet, liegt bei 28 %. Entsprechend des jungen Altersdurchschnitts der Population ergibt sich damit zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund eine Differenz von fast zehn Prozentpunkten.

²² Vgl. Bundesministerium des Innern. Referat Öffentlichkeitsarbeit (2008): S. 58f.

Tabelle 6: Berufliche Bildung

		Nach Migrationshintergrund	
		ohne	mit
	Gesamtbevölkerung		
Anlernausbildung/ Praktikum	1.003.000 (1,2 %)	779.000 (1,2 %)	223.000 (1,3 %)
BVJ	147.000 (0,2 %)	118.000 (0,2 %)	30.000 (0,2 %)
Lehre oder Vergleichbares	33.091.000 (40,2 %)	29.511.000 (43,9 %)	3.579.000 (23,6 %)
Berufsqualifizierender Abschluss	1.464.000 (1,8 %)	1.262.000 (1,8 %)	204.000 (1,3 %)
Meister/ Techniker/ Fach- schule	4.877.000 (6,0 %)	4.464.000 (6,6 %)	414.000 (2,7 %)
Fachhochschulabschluss	3.085.000 (3,9 %)	2.699.000 (4,0 %)	385.000 (2,5 %)
Universitätsabschluss/ Promotion	5.311.000 (6,4 %)	4.405.000 (6,6 %)	906.000 (6,0 %)
Ohne qualifizierenden Abschluss	17.933.000 (21,8 %)	12.820.000 (19,1 %)	5.113.000 (33,7 %)
Noch in beruflicher Quali- fizierung	15.052.000 (18,3 %)	10.813.000 (16,1 %)	4.239.000 (28,0 %)
Keine Angabe	405.000 (0,5 %)	354.000 (0,5 %)	50.000 (0,3 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2008): S. 40.

Die Ausbildungsquoten von Deutschen und Ausländern weisen vor allem zwei Besonderheiten auf: Zum einen sind Ausländer mit 23 % nicht einmal halb so oft in ein Ausbildungsverhältnis integriert wie Deutsche (56,9 %) und liegen damit gleichfalls im Durchschnitt der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Zum anderen sind bei den Ausbildungsquoten in den letzten Jahren deutliche Rückgänge zu verzeichnen, was Ausländer wiederum überdurchschnittlich betrifft. Auch wenn die Unterschiede insgesamt eher gering sind, zeigt sich dennoch, dass die ohnehin niedrigeren Quoten der nicht-deutschen Ausbildungsabsolventen offenbar etwas schneller sinken als die der deutschen. Aussagen über das Verhältnis der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund lassen die Daten in Tabelle 7 jedoch nicht zu.

Tabelle 7: Ausbildungsquoten von Deutschen und Ausländern

	Gesamt	Deutsche	Ausländer
2003	56,6 %	60,0 %	27,1 %
2004	55,4 %	58,8 %	25,2 %
2005	54,2 %	57,5 %	23,7 %
2006	53,6 %	56,9 %	23,0 %

Quelle: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): Tabelle 21, S. 228.

3. Arbeitslosigkeit und Empfang von Transferleistungen

3.1 Teilhabe am Erwerbsleben

Der Anteil an Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund ist mit knapp 48 % leicht unterdurchschnittlich (Tabelle 8). Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass diese Differenz infolge des jungen Altersdurchschnitts auch bei den migrantischen Nichterwerbspersonen zukünftig kompensiert wird. Die Erwerbstätigenquote der Migranten liegt um 8 Prozentpunkte unter der der Personengruppe ohne Migrationshintergrund (ohne Migrationshintergrund: 91,1 %; mit Migrationshintergrund: 83,2 %). Deutliche Unterschiede in der Beteiligung am Erwerbsleben lassen sich darüber hinaus aus den Arbeitslosenquoten von (Nicht-)Migranten ablesen. So ist die Arbeitslosenquote der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 8,9 % – wenn auch nur leicht – unterdurchschnittlich, während Menschen mit Migrationshintergrund zu 16,8 % von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Tabelle 8: Beteiligung am Erwerbsleben

		Davon Migrationshintergrund		
		Gesamtbevölkerung	ohne	mit
	Erwerbspersonen	41.607.000 (50,5 %)	34.322.000 (51,1 %)	7.284.000 (48,1 %)
Davon	Erwerbstätige	37.344.000 (89,8 %)	31.282.000 (91,1 %)	6.062.000 (83,2 %)
	Erwerbslose	4.263.000 (10,2 %)	3.040.000 (8,9 %)	1.223.000 (16,8 %)
	Nichterwerbspersonen	40.762.000 (49,5 %)	32.903.000 (48,9 %)	7.859.000 (51,9 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt(2008): S. 44.

Ein differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man zwischen Eingebürgerten, Spätaussiedlern und Ausländern unterscheidet, wie auch in Tabelle 9 dargestellt. (Spät-)Aussiedler sind mit einer Erwerbslosenquote von nur 14,8 % weniger betroffen als die eingebürgerte Bevölkerung, welche eine Quote von 16,2 % erreicht. Die Arbeitslosenquote von Ausländern liegt mit 20,4 % am höchsten. Das belegt, wenngleich insgesamt von schlechteren Arbeitsmarktchancen von Migranten gesprochen werden muss, erhebliche Unterschiede bei der Arbeitsmarktintegration einzelner Migrantengruppen. Schwieriger ist der Zugang zu einer Erwerbsarbeit offenbar für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

Betrachtet man die Erwerbsquoten nach Geschlecht, zeichnen sich für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zunächst keine geschlechtsspezifischen Differenzen ab. Für die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund hingegen ergeben sich mehr oder weniger

deutliche Unterschiede. Dabei sind Männer mit Migrationshintergrund i. d. R. häufiger vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, als das bei Frauen der Fall zu sein scheint. Am geringsten fallen die Unterschiede bei den (Spät-)Aussiedlern aus: Während die Arbeitslosenquoten von Männern bei 15,0 % liegen, sind 14,6 % der Frauen erwerbslos. Bei Eingebürgerten und deren Kindern ergibt sich eine Differenz von 0,8 % (Frauen: 15,8 %; Männer: 16,5 %). Hingegen fallen die Unterschiede bei Ausländern weit deutlicher aus: Während 21 % der Männer keiner Beschäftigung nachgehen, betrifft dies „nur“ 19,5 % aller ausländischen Frauen. Offen bleibt, welche Rolle hier möglicherweise tradierte Rollen- und Familienbilder spielen. Während sich Brenke eindeutig für diese Sichtweise ausspricht²³, beanstandet Wlecklik diese Interpretation als zu unkritisch. Nach wie vor herrsche in Bezug auf weibliche Migranten eine starke Defizitorientierung, welche einer nachhaltigen Integration dieser Bevölkerungsgruppe sowie einer aussichtsreichen Integrationspolitik entgegenstehe.²⁴

²³ Vgl. Brenke, Karl (2008): Migranten in Berlin: Schlechte Jobchancen, geringere Einkommen, hohe Transferabhängigkeit. In: DIW Wochenbericht. 75. Jahrgang. Heft 35. S. 496 – 507, hier S. 503.

²⁴ Vgl. Wlecklik, Petra (2008): Migrantinnen in der Arbeitswelt. Abschied von tradierten Bildern, unzulänglichen Fakten und einer verfehlten Integrationspolitik? In: Schwitzer, Helga/ Winkler, Christiane/ Kopel, Mechthild (Hrsg.): aktiv-kompetent-mittendrin. Frauenbilder in der Welt der Arbeit. S. 45 – 52, hier S. 46f.

Tabelle 9: Erwerbslosenquoten

		Geschlecht	Erwerbslosenquote
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund		männlich	9,8 %
		weiblich	9,8 %
		gesamt	9,8 %
Bevölkerung mit Migrationshintergrund		männlich	18,6 %
		weiblich	17,2 %
		gesamt	18,0 %
Davon	(Spät-)Aussiedler	männlich	15,0 %
		weiblich	14,6 %
		gesamt	14,8 %
	Eingebürgerte und deren Kinder	männlich	16,5 %
		weiblich	15,8 %
		gesamt	16,2 %
	Zugewanderte und in der BRD geborene Ausländer	männlich	21,0 %
		weiblich	19,5 %
		gesamt	20,4 %

Quelle: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): S. 86.

Dass Ausländer überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind, belegt auch eine Analyse des Bildungswerkes des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Diese weist zudem auf die Überrepräsentanz von Ausländern im Regelkreis des SGB II hin, was als Indiz dafür gewertet werden kann, dass Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit deutlich häufiger langzeitarbeitslos sind. Gegenwärtig werden 80,5 % der arbeitslosen Ausländer im SGB II betreut. Hier ist seit Jahresbeginn 2006 ein kontinuierliches Wachstum zu verzeichnen. Bei deutschen Arbeitslosen lässt sich allerdings eine ähnliche Entwicklung konstatieren. Der Anteil der Bezieher von Arbeitslosengeld II an allen Arbeitslosen ist seit Januar 2006 um beinahe 12 % auf 66,3 % gestiegen.²⁵

²⁵ DGB Bildungswerk. Datendienst Migration (2007): Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und deren ARGENT. Düsseldorf, S. 11.

3.2 Empfang staatlicher Transferleistungen/ Überwiegender Lebensunterhalt

Die Finanzierung des Lebensunterhaltes der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund wird in Tabelle 10 abgebildet. Für beide Gruppen ergeben sich hier zum Teil deutliche Unterschiede. Angesichts niedriger Beschäftigungsquoten von Migranten wenig überraschend, lassen sich für diese Population erhöhte Anteile am Bezug staatlicher Transferleistungen nachweisen. Diese Aussage gilt sowohl für Arbeitslosengeld I und II als auch für den Empfang von Leistungen der Sozialhilfe. Auffällig ist darüber hinaus der deutlich überdurchschnittliche Anteil von Personen mit Migrationshintergrund, deren überwiegender Lebensunterhalt durch Angehörige bestritten wird. Dieses Faktum ist allerdings auch auf den hohen Anteil der bis 20jährigen mit Migrationshintergrund zurückzuführen, deren Einkommen in der Regel durch den elterlichen Unterhalt abgesichert wird. Weiter weist die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund einen selteneren Bezug von Renten- sowie Pensionszahlungen auf. Neben dem jüngeren Altersdurchschnitt und dem geringen Anteil an über 60jährigen dürfte sich dies sicher auch mit der schlechteren Arbeitsmarktsituation von Migranten erklären lassen. Eine weitere Ursache dieser Entwicklung dürfte jedoch auch in den hohen Rückkehrquoten über 65jähriger mit Migrationshintergrund finden lassen, wie sie im Migrationsbericht konstatiert wird.²⁶

Tabelle 10: Überwiegender Lebensunterhalt

	Gesamtbevölkerung	Nach Migrationshintergrund	
		ohne	mit
Erwerbstätig	33.848.000 (41,1 %)	28.446.000 (42,3 %)	5.402.000 (35,7 %)
ALG I/ II	4.633.000 (5,6 %)	3.296.000 (4,9 %)	1.337.000 (8,8 %)
Rente/ Pension	18.336.000 (22,3 %)	16.852.000 (25,1 %)	1.484.000 (9,8 %)
Angehörige	23.450.000 (28,5 %)	17.221.000 (25,6 %)	6.229.000 (41,1 %)
Vermögen/ Vermietung/Zinsen	369.000 (0,4 %)	332.000 (0,5 %)	37.000 (0,2 %)
Sozialhilfe	885.000 (1,1 %)	402.000 (0,6 %)	482.000 (3,2 %)
Pflegeversicherung	115.000 (0,1 %)	104.000 (0,2 %)	11.000 (0,1 %)
Sonstige Leistungen	732.000 (0,9 %)	571.000 (0,8 %)	162.000 (1,1 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2008): S. 44.

²⁶ Vgl. Bundesministerium des Innern. Referat Öffentlichkeitsarbeit (2008): S. 24ff.

Geht man aufgrund von Tabelle 1 von einem Ausländeranteil von 9 % aus, zeigt sich für die Jahre 2004 und 2005 mit Bezugsquoten von fast 22 % an den Sozialhilfeempfängern ein deutlich überdurchschnittlicher Wert. Mit der Einführung der Hartz IV-Gesetze sank der Anteil ausländischer Sozialhilfeempfänger auf unterdurchschnittliche 6,2 % ab. Dieser Rückgang scheint zunächst eine positive Bilanz, allerdings lässt er den Schluss zu, dass sich ein sehr hoher Anteil arbeitsloser Ausländer im Arbeitslosengeld-II-Bezug – und damit auf einem ähnlich prekären ökonomischen Niveau – befindet. Einen ähnlichen Trend konstatiert auch eine bereits angesprochene Analyse des DGB-Bildungswerkes. Hohe Arbeitslosenzahlen und niedrige Bildungsstandards von Ausländern stützen diese Interpretation. Darüber hinaus lässt sich eine deutliche Überrepräsentanz von Ausländern im Rechtskreis des SGB II konstatieren: 18 % der (Langzeit-)Arbeitslosen sind demnach Ausländer.²⁷ Eine Aussage darüber, wie diese Verteilung sich in den Gruppen der Eingebürgerten und Spätaussiedler – oder allgemeiner mit und ohne Migrationshintergrund – widerspiegelt, lassen die vorhandenen Datensätze allerdings nicht zu. Auch weisen die Werte in Tabelle 11 keinen Bezug zur Gesamtpopulation auf, sondern verweisen lediglich auf die Anteile von Deutschen und Ausländern an allen Empfängern von Leistungen des SGB XII.

Tabelle 11: Empfang von Sozialhilfe

Empfänger von Sozialhilfe			
		Davon	
	Alle Empfänger	Deutsche	Ausländer
2003	2.833.000	2.213.000 (78,1 %)	620.000 (21,9 %)
2004	2.926.000	2.289.000 (78,2 %)	637.000 (21,8 %)
2005	273.000	256.000 (93,8 %)	17.000 (6,2 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2007): S. 213.

3.3 Förderung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente

Die Datenlage zur Förderung durch arbeitsmarktpolitischer Instrumente ermöglicht grundsätzlich keine tiefgründige Analyse, so liegen einerseits wiederum lediglich Zahlen für Deutsche und Ausländer vor, andererseits sind sie nicht im Verhältnis zur Gesamtpopulation relationiert. Dennoch ermöglichen sie, wie Tabelle 12 und 13 zeigen, durchaus die Aussage gewisser Trends.

²⁷ Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2008): IAB-Kurzbericht 5/2008. Aktuelle Analysen und Kommentare aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 3.

Infolge der Arbeitsmarktreformen Hartz I bis IV sollten vor allem ehemalige Sozialhilfeempfänger von der Förderung durch die Arbeitsverwaltung profitieren. Integration in den Arbeitsmarkt sollte damit wieder einen zentralen Stellenwert einnehmen und die bisherige ausschließliche Alimentierung der Sozialhilfeempfänger ablösen. Von einer intensiveren, passgenaueren Vermittlung versprach man sich eine zusätzliche Verbesserung der Arbeitsmarktchancen dieser Gruppe. Die Beteiligung von Ausländern an Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen liefert einen Hinweis auf die Diskrepanz von Anspruch und Realität. Laut der Erhebung des Statistischen Bundesamtes sind 17,3 % aller Arbeitslosen Ausländer.²⁸ Um eine gleichberechtigte Förderung von Deutschen und Ausländern zu gewährleisten, müssten letztere etwa im selben Umfang an Maßnahmen zur Arbeitsmarktförderung beteiligt sein. Bei der Sichtung der vorliegenden Daten fällt auf, dass Ausländer in allen Bereichen der Arbeitsmarktförderung unterrepräsentiert sind. Dies zeigt sich bereits im Bereich der Beratung und Unterstützung, wird aber auch bei der Qualifizierung sichtbar, denn hier sind Ausländer mit nur 10,5 % vertreten (Tabelle 11). Noch deutlicher wird die Diskrepanz bei den beschäftigungsbegleitenden Maßnahmen, die Ausländern nur zu 7,8 resp. 9,1 Prozentpunkten zu Gute kommen sowie im Rahmen der beschäftigungsschaffenden Maßnahmen, bei denen Ausländer nur mit 9,7 % vertreten sind.

Tabelle 12: Förderung von Ausländern mit Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik

		Deutsche		Ausländer	
		absolut	in %	absolut	in %
Beratung/ Unterstützung der Arbeitssuche (§37 SGB III)		8.615	84,7	1.556	15,3
Qualifizierung		19.140	89,5	2.245	10,5
Beschäftigungsbegleitende Leistungen	Förderung abhängiger Beschäftigung	8.394	92,2	710	7,8
	Förderung der Selbstständigkeit	19.778	90,9	1.980	9,1
Beschäftigungsschaffende Maßnahmen		27.887	90,3	3.006	9,7

Quelle: DGB Bildungswerk. Datendienst Migration (2007): S. 6.

Die Unterrepräsentanz von Ausländern in arbeitspolitischen Maßnahmen setzt sich bei der beruflichen Weiterbildung fort, an der erwerbslose Ausländer nur zu 11,2 % partizipieren. Des Weiteren nehmen Ausländer auch deutlich seltener an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen teil; nur 11,8 % der Teilnehmer sind ausländische Arbeitslose.

²⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (2008): S. 45.

Tabelle 13: Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen

	Deutsche		Ausländer	
	absolut	in %	absolut	in %
Berufliche Weiterbildung	11.630	88,8	1.467	11,2
Eignungsfeststellungs- Trainingsmaßnahmen und	7.310	88,2	978	11,8

Quelle: DGB Bildungswerk. Datendienst Migration (2007): S. 8.

3.4 Armutsrisiko

Betrachtet man die Armut, so fällt auf, dass das Armutsrisiko für Migranten deutlich größer ist als für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (Tabelle 14). Liegt die durchschnittliche Armutsrisikoquote der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bei 11,6 %, sind Menschen mit Migrationshintergrund mit 28,2 % in einem erheblichen Maße von Armut bedroht. Das Armutsrisiko der Migrantinnen und Migranten ist um das zweieinhalbfache größer. Auch wenn alle Gruppen von Migranten einem deutlich höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, lassen sich deutliche gruppenspezifische Unterschiede ausmachen. Das Risiko von (Spät-)Aussiedlern liegt mit knapp 20 Prozentpunkten merklich unter dem der Eingebürgerten, welche ein Armutsrisiko von 24,7 % aufweisen. Bei den Ausländern sind beinahe 35 % von Armut bedroht.

Differenziert man bei den Gruppen mit und ohne Migrationshintergrund, dann zeigt sich mit Blick auf das Geschlecht ein deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen. So sind Frauen durchschnittlich häufiger von Armut bedroht, wobei die Differenzen bei Migranten zwischen Frauen und Männern sogar geringer ausfallen als bei den Menschen ohne Migrationshintergrund, allerdings auf einem erheblich höheren Niveau liegen.

Tabelle 14: Armutsrisiko

		Geschlecht	Gesamt in 1000	Armutsrisikoquote in %
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund		männlich	32.543	11,0
		weiblich	34.589	12,2
		gesamt	67.132	11,6
Bevölkerung mit Migrationshintergrund		männlich	7.795	27,9
		weiblich	7.538	28,5
		gesamt	15.333	28,2
Davon	(Spät-)Aussiedler und Nachkommen	gesamt	4.053	20,7
	Eingebürgerte und deren Kinder	gesamt	3.959	24,7
	Zugewanderte und hier geborene Ausländer	gesamt	7.321	34,3
Gesamt		gesamt	82.465	14,8

Quelle: Beauftragte der Bundesregierung für Flüchtlinge, Migration und Integration (2007): Tabelle 39, S. 247.

4. Beschäftigung von Migranten

Bevor auf die (Über-)Repräsentanz von Migranten in spezifischen Formen atypischer und prekärer Beschäftigung eingegangen wird, soll zunächst der berufliche Status in den Blick genommen werden. Dabei fällt auf, dass Menschen mit Migrationshintergrund seltener als Nicht-Migranten selbstständig sind. Deutlich unterrepräsentiert sind Migranten weiterhin in zwei Statusgruppen: Zum einen sind Beamte wesentlich häufiger Nicht-Migranten – nur 1 % der Menschen mit Migrationshintergrund sind hier beschäftigt, allerdings beinahe 7 % der Menschen ohne Migrationshintergrund. Dies ist vor allem auf rechtliche Rahmenbedingungen zurückzuführen – bis auf wenige Ausnahmen ist es Voraussetzung Deutscher oder EU-Bürger zu sein.²⁹ Zum anderen sind Migranten deutlich seltener Angestellte (41,8 %; ohne Migrationshintergrund: 55,8 %). Mit 46,6 % sind Migranten hingegen überdurchschnittlich häufiger Arbeiter; zum Vergleich: Nur 24,9 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sind als Arbeiter angestellt.

Tabelle 15: Stellung im Beruf

	Anteil an allen Erwerbstätigen	Nach Migrationshintergrund	
		ohne	mit
Selbstständig	4.131.000 (11,1 %)	3.554.000 (11,4 %)	578.000 (9,5 %)
mithelfender Familienangehöriger	382.000 (1,0 %)	327.000 (1,0 %)	56.000 (0,9 %)
Beamte	2.224.000 (6,0 %)	2.155.000 (6,9 %)	69.000 (1,1 %)
Angestellte	19.993.000 (53,5 %)	17.458.000 (55,8 %)	2.535.000 (41,8 %)
Arbeiter	10.613.000 (28,4 %)	7.789.000 (24,9 %)	2.824.000 (46,6 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2008): S. 48.

Die Bevölkerungsgruppen mit resp. ohne Migrationshintergrund verteilen sich unterschiedlich auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche (Tabelle 16). Nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes sind Migranten in zwei Bereichen überproportional vertreten. Sie sind mit 35 % deutlich häufiger im produzierenden Gewerbe angestellt; Nicht-Migranten sind hier zu lediglich 28,5 % vertreten. Desweiteren sind es die Branchen Handel, Gastgewerbe und Verkehr,

²⁹ Vgl. Flan, Helena (2007): Migranten in Deutschland. Statistiken – Fakten – Diskurse. Konstanz, S.135.

in denen Menschen mit Migrationshintergrund (28,9 %) um gut 6 Prozentpunkte stärker beschäftigt sind als Menschen ohne Migrationshintergrund (22,3 %). In den Branchen Land- und Forstwirtschaft/ Fischerei sowie den sonstigen Dienstleistungen sind Migranten hingegen seltener angestellt (mit Migrationshintergrund: 1,1 %; ohne Migrationshintergrund: 2,5 %).³⁰

Tabelle 16: Wirtschaftsbereiche

	Anteil an allen Erwerbstätigen	Nach Migrationshintergrund	
		ohne	mit
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	844.000 (2,3 %)	776.000 (2,5 %)	68.000 (1,1 %)
Produzierendes Gewerbe	11.037.000 (29,6 %)	8.920.000 (28,5 %)	2.117.000 (35,0 %)
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	8.724.000 (23,4 %)	6.974.000 (22,3 %)	1.750.000 (28,9 %)
Sonstige Dienstleistungen	16.738.000 (44,9 %)	14.612.000 (46,7 %)	2.162.000 (35,7 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2008): S. 48.

Mit Blick auf Tabelle 17, welche sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Ausländern darstellt, ist eine Unterrepräsentanz selbiger zu konstatieren. Zwar lässt sich auch hier aufgrund mangelnder Relationen zur Gesamtpopulation allenfalls ein Trend nachzeichnen, dieser weist jedoch auch in diesem Bereich auf eine eindeutige Benachteiligung von Ausländern hin. Diese machen zwar gut 9 % der Gesamtbevölkerung aus, besetzen jedoch nur 6,8 % der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Der Anteil von Ausländern sank bis 2005 leicht um 0,2 Prozentpunkte auf 6,7 %, um 2006 wieder leicht anzusteigen. Vom wirtschaftlichen Aufschwung scheinen Ausländer damit kaum zu profitieren. Im Vergleich dazu stieg der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Deutschen im Jahr 2003 von 93,0 % leicht auf 93,2 % an. Weitere Aussagen zum Verhältnis der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund sind aufgrund der unzureichenden Datenlage nicht möglich.

³⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (2008): S. 46.

Tabelle 17: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Ausländern

	Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	davon Deutsche	davon Ausländer
2003	26.955.000	25.081.000 (93,0 %)	1.860.000 (6,9 %)
2004	26.524.000	24.719.000 (93,2 %)	1.796.000 (6,7 %)
2005	26.178.000	24.423.000 (93,3 %)	1.744.000 (6,6 %)
2006	26.354.000	24.564.000 (93,2 %)	1.782.000 (6,8 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2007): S. 85.

Darüber hinaus waren Ausländer auch von der ungünstigen konjunkturellen Entwicklung zwischen 2000 und 2005 überdurchschnittlich stark betroffen. Während dieses Zeitraums sind in Deutschland 1,65 Mio. sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze abgebaut worden. Dies entspricht einem relativen Verlust von 6 %. Im gleichen Zeitraum ging die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Ausländern jedoch um 11 % zurück.³¹

4.1 Wochenarbeitszeit/ Umfang der Beschäftigung

Die Wochenarbeitszeit stellt den wesentlichen Indikator für den Umfang der Beschäftigung von Personengruppen mit und ohne Migrationshintergrund dar und liefert damit einen Anhaltspunkt für die Analyse prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Die in Tabelle 18 dargestellte Wochenarbeitszeit zeigt eine relativ geringe Differenz zwischen Migranten und Nicht-Migranten. Dennoch sind Unterschiede im Beschäftigungsumfang zu erkennen: Migranten sind häufiger als Menschen ohne Migrationshintergrund, ‚weniger als 10‘ sowie ‚10 bis 20 Stunden‘ wöchentlich beschäftigt; hier ergeben sich Unterschiede von 1 % bzw. 2,5 % gegenüber der Personengruppe ohne Migrationshintergrund (ohne Migrationshintergrund: 12,6 %; mit Migrationshintergrund: 15,1 %). Auch sind Migranten häufiger als Nicht-Migranten mit einer Wochenarbeitszeit von ‚32 bis 35 Stunden‘ beschäftigt. Sie sind hier mit 6,8 % um 1,5 % stärker vertreten (ohne Migrationshintergrund: 5,3 %). Unterdurchschnittlich sind Migranten mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von ‚21 bis 31‘ sowie ‚36 bis 45‘ und ‚45 und mehr‘ Stunden wöchentlich angestellt. Wie bereits erwähnt, sind die Unterschiede zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund jedoch eher gering, sie bewegen sich zumeist an der Ein-Prozent-Marke.

³¹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2006): Beratung. Vermittlung. Förderung. Integration von Migranten. Nürnberg, S. 4.

Tabelle 18: Wochenarbeitszeit

	Anteil an allen Erwerbstätigen	Nach Migrationshintergrund	
		ohne	mit
weniger als 10 h	1.628.000 (4,4 %)	1.309.000 (4,2 %)	318.000 (5,2 %)
10 bis 20 h	4.876.000 (13,1 %)	3.692.000 (12,6 %)	915.000 (15,1 %)
21 bis 31	3.121.000 (8,4 %)	2.661.000 (8,5 %)	460.000 (7,6 %)
32 bis 35	2.085.000 (5,6 %)	1.671.000 (5,3 %)	414.000 (6,8 %)
36 bis 39	7.406.000 (19,8 %)	6.230.000 (19,9 %)	1.176.000 (19,4 %)
40 bis 44	13.462.000 (36,0 %)	11.301.000 (36,1 %)	2.161.000 (35,6 %)
45 und mehr	4.765.000 (12,8 %)	4.149.000 (13,3 %)	617.000 (10,2 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2008): S. 252 ff.

Die Bundesagentur für Arbeit weist in ihrem Statistikreport darüber hinaus auf die Verteilung von Voll- und Teilzeitstellen an Deutsche und Ausländer hin; eine Differenzierung nach Migrationshintergrund wird nicht vorgenommen. Auch hier ergeben sich nur geringfügige Unterschiede: Während 82,9 % der Deutschen in Vollzeit und 17,1 % in Teilzeit arbeiten, sind es 82,7 % (Vollzeit) sowie 17,3 % (Teilzeit) der Ausländer. Ungeachtet dieser marginalen Differenzen lässt sich ein Rückgang in der Vollzeitbeschäftigung von Ausländern konstatieren, während der Anteil der ausländischen Teilzeitbeschäftigung 2006 gegenüber 2005 leicht anstieg.³²

4.2 (Solo-)Selbstständigkeit

Selbstständigkeit nimmt wegen ihrer quantitativen Ausdehnung im Kontext von Erwerbsarbeit einen immer höheren Stellenwert ein. Insbesondere seit den 1970er Jahren lassen sich in diesem Bereich deutliche Zuwächse für Migranten konstatieren, was auch auf die geringere Nachfrage von Arbeitskräften in der Produktion zurückzuführen ist.³³ Während der Anteil der abhängig Beschäftigten 2006 im Vergleich zu 2000 um 1,5 Prozentpunkte zurückgegangen ist, konnte der Anteil der Selbstständigen Zuwächse um 12 % verzeichnen.³⁴ Auch wenn der

³² Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2007a): Analytikreport der Statistik. Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer. Januar 2007, S. 15 f.

³³ Vgl. Tolciu, Andres/ Schaland, Ann-Julia (2008): Selbstständige Migranten in Deutschland. In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik. 88. Jahrgang. Heft 8. S. 536 -542, hier S. 536.

³⁴ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2007c): Entwicklung und Struktur 2000 – 2007. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Erwerbsarbeit. Nürnberg, S. 8 f.

Schritt zur Selbstständigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund im 7. Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland als wichtiger integrationspolitischer Beitrag gewertet wird und außerdem auf die hohe ökonomische Bedeutung der Selbstständigkeit verwiesen wird,³⁵ darf das Prekaritätsrisiko, welches auch dieser Form atypischer Beschäftigung inhärent ist, nicht unterschätzt werden. Mit der Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes zum aktuellen Integrationsbericht der Bundesregierung liegen detaillierte Daten für die einzelnen Gruppen mit Migrationshintergrund vor.

Generell ist zunächst auf einige Unterschiede zwischen Migranten und Nicht-Migranten zu verweisen (Tabelle 19). So gehen Menschen ohne Migrationshintergrund zunächst häufiger einer selbstständigen Beschäftigung nach (11,5 % aller Menschen ohne Migrationshintergrund) als das bei den Migranten der Fall ist (9,6 % aller Menschen mit Migrationshintergrund). Letztere sind jedoch überdurchschnittlich häufig ohne Angestellte selbstständig. Mit 60,8 % übertreffen sie die Personengruppe ohne Migrationshintergrund deutlich, welche nur zu 55,4 % ohne Angestellte selbstständig sind. Für den Bereich der Selbstständigkeit können wir zudem Unterschiede entsprechend der einzelnen Migrationsgruppen feststellen. Selbstständig Beschäftigte sind demnach vor allem Eingebürgerte bzw. deren Kinder sowie Ausländer. Die Werte liegen hier zwischen 10 und 12 %. (Spät-) Aussiedler hingegen sind nur zu 5,5 % selbstständig, dafür allerdings in 61,5 % der Fälle ohne Angestellte.³⁶ Neben den überdurchschnittlich vielen Soloselbstständigen zeigt sich bei Unternehmen von Migranten eine generelle Tendenz zur kleinbetrieblichen Struktur. So sind in zwei Dritteln der Unternehmen weniger als vier Beschäftigte angestellt.³⁷

³⁵ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): S.88.

³⁶ Vgl. Ebd., Tabelle 24, S. 231.

³⁷ Vgl. Ebd., S. 90.

Tabelle 19: (Solo-)Selbstständigkeit

		Selbstständige insgesamt	davon: Soloselbstständige
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund		3.498.000 (11,5 %)	1.937.000 (55,4 %)
Bevölkerung mit Migrationshintergrund		582.000 (9,6 %)	354.000 (60,8 %)
Davon	(Spät-)Aussiedler	96.000 (5,5 %)	59.000 (61,5 %)
	Eingebürgerte/ Kinder von Zuwanderern	129.000 (10,3 %)	74.000 (57,4 %)
	Ausländer	359.000 (11,8 %)	222.000 (61,8 %)
Gesamt		4.080.000 (11,2 %)	2.291.000 (56,2 %)

Quelle: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): Tabelle 24, S. 231.

Auffällig ist des Weiteren, dass Migranten bei der Unternehmensgründung durchschnittlich jünger sind als Nicht-Migranten. Demnach sind zwei Drittel der italienischen und türkischen Unternehmensgründer unter 35 Jahre alt, was generell weniger Berufserfahrung und damit eine höheres Risiko des Scheiterns zur Folge hat. Darüber hinaus sind sowohl die formellen Abschlüsse, als auch die informelle Bildung von Migranten im Vergleich zu den Nicht-Migranten unterdurchschnittlich. Migranten haben demnach in der Regel schlechtere Ausgangsbedingungen für die Selbstständigkeit und sind daher auch mit dem höheren Risiko des Scheiterns konfrontiert.³⁸

Weiterhin sind die Ursachen für die höhere Tendenz zur Soloselbstständigkeit von Migranten bisher ungeklärt. Denkbar und aus der Praxis immer wieder berichtet ist ein steigender Anteil von Scheinselbstständigkeit, welcher deutlich häufiger Menschen mit Migrationshintergrund trifft. Neben mangelnden beruflichen Alternativen, dürften es vor allem die unzureichende Kenntnis rechtlicher Grundlagen, sowie sprachliche Barrieren sein, die dieses Schicksal befördern. Exakte empirische Ergebnisse, welche diese Annahmen stützen könnten, liegen bisher jedoch nicht vor.

Im Bericht der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration wird desweiteren darauf verwiesen, dass die Fördermöglichkeiten aus der Arbeitslosigkeit in die Selbstständigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund in „beachtlichem Umfang“³⁹ in Anspruch genommen werden. In welchem Verhältnis dies zu Personen ohne Migrationshintergrund steht,

³⁸ Vgl. Tolciu, Andres/ Schaland, Ann-Julia (2008): S. 538 f.

³⁹ Beauftragte der Bundesregierung für Flüchtlinge, Migration und Integration (2007): S. 92.

wird jedoch nicht dargestellt. Die Segmentierung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nach bestimmten Wirtschaftsbereichen setzt sich in der Selbstständigkeit fort. Selbstständige Migranten sind deutlich häufiger in den Bereichen Gastronomie und Handel vertreten, wesentlich seltener hingegen im Handwerk zu finden. 96 % der selbstständigen Migrantinnen arbeiten im Dienstleistungssektor.

Ein Faktor, der das Prekarisierungsrisiko der selbstständigen Migranten unterstreicht, ist die ausgesprochen hohe Insolvenzrate von Migrantenbetrieben. Die Zahl der Gründungen und Schließungen von Betrieben liegt hier deutlich höher als bei Personengruppen ohne Migrationshintergrund.⁴⁰ Tolciu und Schaland konstatieren zudem deutliche Unterschiede im Gründungsverhalten unterschiedlicher Nationalitäten. Demnach stammt mit 48 % beinahe die Hälfte der Selbstständigen aus ehemaligen Anwerberstaaten, wobei türkische Migranten zwar absolut die höchsten Anteile aufweisen (47.000), jedoch relativ mit nur 6,4 Prozentpunkten sowohl hinter dem deutschen Durchschnitt (10,9 %), als auch hinter den Selbstständigquoten anderer Nationalitäten zurückbleiben. So sind beispielsweise 14,2 % der Griechen und 13,2 % der Italiener selbstständig tätig. Zur Erklärung dieser Differenzen werden in diesem Kontext zwei Argumente angeführt. Das erste geht davon aus, dass die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe eine höhere resp. niedrigere Disposition für Selbstständigkeit zur Folge hat. Für Migranten ehemaliger Anwerberstaaten greift diese Begründung, denn diese weisen in der Regel in ihrem Heimatland eine höhere Selbstständigquote als in Deutschland auf. Damit lassen sich deren – im deutschen Kontext – überdurchschnittliche Selbstständiganteile erklären. Ausländer anderer Industrieländer hingegen sind in ihrem Herkunftsland deutlich seltener selbstständig als in Deutschland; ethnische Erklärungsansätze können demnach deren höhere Präsenz bei Selbstständigkeit in Deutschland nicht beschreiben. Ein weiteres Argument gewichtet strukturelle und institutionelle Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt stärker. So werden zum Beispiel rechtliche Barrieren in der Anerkennung von Bildungsabschlüssen für die höheren Selbstständigquoten von Migranten verantwortlich gemacht. Auffällig ist, dass beide Erklärungen individuelle Merkmale nur unzureichend berücksichtigen.⁴¹ Insgesamt ist Selbstständigkeit von Migranten nicht nur wegen der ökonomischen Gefährdungen und der unzureichenden sozialen Absicherung, sondern auch aufgrund einer durchschnittlich schlechteren Ressourcenausstattung, mangelnder beruflicher Erfahrung und dem teilweise geringen Bildungsniveau der Gründer mit einem hohen Prekarisierungsrisiko behaftet.

⁴⁰ Vgl. Ebd., S. 93.

⁴¹ Vgl. Tolciu, Andres/ Schaland, Ann-Julia (2008): S. 537 f.

4.3 Geringfügige Beschäftigung

Geringfügige Beschäftigung entwickelt sich seit der Einführung der neuen Regelungen im Rahmen des Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt dynamisch. Sie expandiert und gewinnt als flexible Beschäftigungsform zunehmend an Bedeutung.⁴² Daten über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse für die Personengruppe mit Migrationshintergrund liegen nicht vor. Es gibt lediglich Informationen über geringfügige Beschäftigung von Ausländern, wie in Tabelle 20 dargestellt und den Anteil geringfügiger Beschäftigung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (Tabelle 21). Der Anteil der Ausländer an geringfügiger Beschäftigung ist leicht überdurchschnittlich: Während der Ausländeranteil in der Bundesrepublik – wie oben dargestellt – bei etwa 9% liegt, hat diese Gruppe einen Anteil von 10,3 % an den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.

Bei der Gliederung nach ausschließlicher und ergänzender geringfügiger Beschäftigung ergibt sich hingegen ein verändertes Bild. Die Quoten für ausschließliche geringfügige Beschäftigung sind mit 66,2 % für Ausländer etwas unterdurchschnittlich; Deutsche sind hier zu 71,6 % vertreten. Hingegen arbeiten 33,8 % der Ausländer und 28,4 % der Deutschen neben einer sozialversicherungspflichtigen Anstellung in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis. Ergänzende Tätigkeiten scheinen demnach bei Ausländern notwendiger als bei deutschen Arbeitnehmern. Weiterhin ist der Anteil sowohl ausländischer als auch deutscher Frauen in einer geringfügigen Anstellung generell deutlich höher als der der Männer. So werden im Durchschnitt 64,9 % (Deutsche) resp. 58,1 % (Ausländer) der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse von Frauen ausgeübt. Deutlich höhere Werte ergeben sich wiederum für die ausschließlich geringfügige Beschäftigung von Frauen. Hier sind die deutschen Frauen zu 67,6 % und die ausländischen Frauen zu 64,6 % vertreten. Die ergänzende geringfügige Beschäftigung hingegen scheint zumindest unter der ausländischen Bevölkerung eher eine Domäne der Männer zu sein. Sie wird zu 54,5 % von Männern und zu 45,5 % von Frauen ausgeübt. Innerhalb der deutschen Bevölkerung ergibt sich eine etwas andere Verteilung: 58,0 % der ergänzend ausgeübten geringfügigen Beschäftigung wird von Frauen geleistet, nur 42 % von Männern.

⁴² Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2007b): Bericht der Statistik der BA. Mini- und Midijobs in Deutschland. Nürnberg, S. 4 f.

Tabelle 20: Geringfügige Beschäftigung

	Gesamt	Deutsche			Ausländer		
		Absolut	Frauen %	Männer %	Absolut	Frauen %	Männer %
Gesamtzahl	6.915.910	6.260.076 (90,5 %)	64,9	35,1	643.879 (10,3 %)	58,1	41,9
ausschließlich geringf. Beschäftigung	4.920.701	4.483.248 (71,6 %)	67,6	32,4	426.137 (66,2 %)	64,6	35,4
geringf. und sozialv. Beschäftigung	1.995.218	1.776.828 (28,4 %)	58,0	42,0	217.742 (33,8 %)	45,5	54,5

Quelle: Beauftragte der Bundesregierung für Flüchtlinge, Migration und Integration (2007): Tabelle 31, S. 238.

Differenziert man die Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung weiter nach Staatsangehörigkeit ist festzustellen, dass die ausschließliche Form mit durchschnittlich 66,2 % wesentlich häufiger vertreten ist als die geringfügige Beschäftigung im Nebenjob (Tabelle 21). Für den größten Teil der betroffenen ausländischen Bevölkerung stellt der Minijob damit – neben staatlichen Transferleistungen – das einzige Einkommen und damit auch die alleinige Möglichkeit zur Integration in den Arbeitsmarkt dar. Darüber hinaus ergeben sich jedoch zum Teil prägnante Unterschiede für einzelne Nationalitäten. So gehen 74,2 % und 67,5 % der polnischen resp. türkischen Staatsangehörigen lediglich einer geringfügigen Beschäftigung nach und damit häufiger als Griechen (61,0 %), Italiener (60,9 %) oder Menschen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens (57,8 %; Bosnien und Herzegowina 53,9 %). Die teilweise sehr hohen Quoten der ergänzenden Beschäftigung im geringfügigen Umfang liefern Hinweise auf die prekäre Einkommenssituation von Ausländern. Durchschnittlich sind 33,8 % der Ausländer darauf angewiesen, neben der regulären Beschäftigung einen Minijob auszuüben, wobei wiederum einige Nationalitäten in besonderem Maße betroffen zu sein scheinen.

Tabelle 21: Geringfügige Beschäftigung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	Geringfügig Beschäftigte gesamt	Ausschließlich in %	Im Nebenjob in %
Ausländer insgesamt	643.879	66,2	33,8
Bosnien und Herzegowina	18.422	53,9	46,1
Griechenland	26.215	61,0	39,0
Italien	51.964	60,9	39,1
Jugoslawien	32.191	57,8	42,2
Polen	29.326	74,2	25,8
Türkei	191.139	67,5	32,5

Quelle: Beauftragte der Bundesregierung für Flüchtlinge, Migration und Integration (2007): Tabelle 33, S. 240.

4.4 Leiharbeit

Leiharbeit zählt zu den in jüngster Zeit am häufigsten thematisierten Formen prekärer Beschäftigung. Neben der geringeren Entlohnung und schlechteren Arbeitsbedingungen wird hier immer wieder der schlechtere Zugang zu betrieblicher Mitbestimmung sowie zu Weiterbildungsangeboten kritisiert. Die Besonderheit des Leiharbeitsverhältnisses und ein spezifischer Vorteil dieser Beschäftigungsform für den entleihenden Betrieb besteht in der Trennung der sonst bei einem Arbeitgeber kumulierten Weisungsrechte einerseits sowie der Entlohnungs- und Sozialversicherungspflicht andererseits. Dieses von Verleiher, Entleiher und Leiharbeitnehmer konstituierte Dreiecksverhältnis bietet insbesondere dem Entleiher ein hohes Maß an Flexibilität bei überschaubaren Pflichten. Genau das macht die Attraktivität von Leiharbeit für die entleihenden Unternehmen aus. Für die betroffenen Leiharbeitnehmer resultieren aus dieser Konstellation aber auch besondere Risiken, da mit den gesplitteten Zuständigkeiten nicht selten eine Unsicherheit von Rechtspositionen und eine schwächere soziale Einbindung in das betriebliche Gefüge einhergehen.

Aus der Perspektive der entleihenden Unternehmen stellen die Zeitarbeiter ein Flexibilisierungspotential dar; in Mischkalkulationen werden sie häufig als „Sachkosten“ geführt. Sie sind leicht kündbar und im Krankheitsfall leicht ersetzbar. Die insgesamt immer noch niedrige Leiharbeitsquote darf nicht den Blick dafür verstellen, dass einzelne Vorreiterbetriebe einen intensiven Gebrauch von Leiharbeit machen. So hatten 2004 rund 40 % der relevanten Einsatzbetriebe mit mehr als 10 Beschäftigten Leiharbeiteranteile von mindestens 10 %. Bei größeren Betrieben (über 150 Beschäftigte) beliefen sich diese Intensivnutzer auf

rund 10 % der Einsatzbetriebe. Legt man einen zwanzigprozentigen Leiharbeiteranteil für Intensivnutzung zugrunde, so hat sich der Anteil intensiv nutzender Betriebe zwischen 1998 von 4,8 % auf 10,4 % (2006) erhöht.

Innerhalb des Segments der Intensivnutzer stellt die strategische Nutzung noch einmal einen besonderen Typus dar. Inspiriert von Managementstrategien aus den USA, Großbritannien und Frankreich ist es während der letzten Jahre auch in Deutschland zu einem Funktionswandel von Leiharbeit gekommen. Leiharbeit kann und wird in der betrieblichen Arbeitsorganisation auf unterschiedliche Art und Weise genutzt. Idealtypisch lassen sich mindestens drei betriebliche Nutzungsformen identifizieren: Zeitarbeit als Ad-hoc-Ersatz (Typ I), Zeitarbeit als Flexibilitätspuffer (Typ II) und Zeitarbeit als strategische Nutzung und dauerhafte Vernetzung mit den Stammbeschäftigten (Typ III). Der Typ III Vernetzung, strategische Nutzung, ist neueren Ursprungs. Er ist bislang vor allem aus den USA, Großbritannien oder Frankreich bekannt und bezeichnet einen qualitativ veränderten Einsatz von Leiharbeit, der mit einer radikalen Restrukturierung der Belegschaften verbunden ist, ohne jedoch zwangsläufig mit einer quantitativen Erhöhung des Anteils der Leiharbeiter an der Gesamtbelegschaft einherzugehen.

Ein besonders anschauliches Beispiel für den neuen Typus des betrieblichen Einsatzes von Leiharbeit stellte das BMW-Werk in Leipzig dar. Seit der Eröffnung im Mai 2005 betrug der Anteil der Leiharbeiter an der Belegschaft ungefähr ein Drittel (ca. 35 %). Von den über 3.500 Beschäftigten waren bis in die jüngste Vergangenheit 1.200 Zeitarbeiter. Leiharbeiter arbeiteten in allen Bereichen und auf allen Hierarchieebenen der Fertigung und der Verwaltung mit den regulär beschäftigten Stammkräften zusammen. Im Unterschied zu anderen Einsatzformen blieb der Einsatz von Leiharbeitern somit nicht mehr nur auf die Randbereiche des Unternehmens beschränkt. In keinem der Unternehmensbereiche war der Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ realisiert. Die Leiharbeiter wurden nach BZA-Tarif bezahlt und waren damit finanziell erheblich schlechter gestellt als die Festangestellten. Im Durchschnitt verdienten sie 30 bis 50 % weniger als die Festangestellten. Zwar setzten Betriebsrat und IG Metall schließlich ein gleiches Grundentgelt durch, dennoch blieb wegen unterschiedlicher Eingruppierung etc. ein Lohndifferential von ca. 30 %. Das Management begründete dieses Personaleinsatzkonzept mit dem Zwang zu Mischkalkulationen. Jenseits der Managementrhetorik fungierten Zeitarbeiter im neuen Nutzungstyp nicht mehr nur als Flexibilitätspuffer für eine Stammebelegschaft, die mit einem vergleichsweise hohen Maß an

Beschäftigungssicherheit ausgestattet war. In der „atmenden Fabrik“, wie BMW seine Produktionsstätte in Anlehnung an den modernen Managementdiskurs nennt, wurden auch betriebliche Kernfunktionen mit Zeitarbeitern besetzt. Insgesamt steht das BMW-Werk für einen Trend, der nicht nur aus der gewerkschaftlichen Perspektive höchst beunruhigend ist. Faktisch entstehen selbst innerhalb formal intakter Tarifverträge zwei Klassen von Arbeitnehmern. Aktuell macht sich das in Reaktionen auf die Krise der Branche bemerkbar. Die Leiharbeiter sind – nicht nur bei BMW-Leipzig – die ersten, denen Entlassungen drohen.⁴³

Was dies für Beschäftigte mit Migrationshintergrund bedeutet, ist vorerst unklar. Sicher ist, dass Ausländer in der Leiharbeitsbranche überproportional präsent sind. Einem Bevölkerungsanteil von knapp 9 % steht die Quote von 13,5 % ausländischer Leitarbeitnehmer gegenüber. Darüber hinaus lassen sich erhebliche Differenzen der Beschäftigung ausländischer Leitarbeitnehmer in den einzelnen Bundesländern konstatieren (Tabelle 23), die sich vermutlich zu wesentlichen Anteilen auf die regionalen Ausländeranteile zurückführen lassen. Auch hier gibt es jedoch Abweichungen vom Trend. Im Saarland, das im bundesdeutschen Vergleich eher auf eine unterdurchschnittliche Ausländerquote verweisen kann, haben knapp 30 % der Leiharbeiter keine deutsche Staatsangehörigkeit. Unklar ist hier allerdings, welche Rolle Pendlerbewegungen aus dem angrenzenden Ausland spielen. Demgegenüber weist beispielsweise Hamburg oder auch Berlin eine vergleichsweise niedrige Rate von Ausländern in Leiharbeitsverhältnissen auf. Auch für diese Zahlen ist eine Darstellung nach Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund nicht möglich.

⁴³ Vgl. dazu: Dörre, Klaus/ Holst, Hajo (2008): Funktionswandel von Zeitarbeit? Auswirkungen veränderter betrieblicher Nutzungsformen von Leiharbeit auf die betrieblichen Arbeitsbeziehungen. Antrag auf Forschungsförderung an die Otto-Brenner-Stiftung Festangestellte. Ms. Jena 2007.

Tabelle 23: Leiharbeit nach Staatsangehörigkeit und Bundesländern

	Insgesamt	davon			
		Deutsche	in %	Ausländer	in %
Schleswig-Holstein	13.895	12.717	91,52	1.178	8,48
Hamburg	26.505	23.764	89,66	2.741	10,34
Niedersachsen	65.564	58.611	89,40	6.953	10,60
Bremen	12.565	10.721	85,32	1.844	14,68
Nordrhein-Westfalen	164.631	138.459	84,10	26.172	15,90
Hessen	54.787	44.594	81,40	10.193	18,60
Rheinland-Pfalz	26.076	22.066	84,62	4.010	15,38
Baden-Württemberg	88.526	69.928	78,99	18.598	21,01
Bayern	112.947	95.163	84,25	17.784	15,75
Saarland	10.195	7.090	69,54	3.105	30,46
Berlin	26.595	24.584	92,44	2.011	7,56
Brandenburg	12.456	12.280	98,58	176	1,41
Mecklenburg-Vorpommern	8.534	8.457	99,10	77	0,90
Sachsen	41.605	41.115	98,82	490	1,78
Sachsen-Anhalt	25.274	24.559	97,17	715	2,83
Thüringen	25.939	25.287	97,49	652	2,51
Zuordnung nicht mgl.	4.788	3.890	81,24	898	18,76
Deutschland insgesamt	720.882	623.285	86,46	97.597	13,53

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitnehmerüberlassung – Leiharbeiter und Verleihbetriebe im 2. Halbjahr 2007. Nürnberg, S. 23.

4.5 Saisonarbeit

Werkarbeitsverträge und Saisonbeschäftigung dienen vordergründig der Flexibilität der Arbeitgeber und umfassen befristete und zweckgebundene Formen von Beschäftigung, welche auf einen Arbeitskräftezugang von außen gerichtet sind. Sie sind explizit nicht auf die dauerhafte Integration am Arbeitsmarkt ausgerichtet. Quantitativ ist die Bedeutung solcher Verträge jedoch relativ gering: Lediglich 0,3 % aller Arbeitnehmer haben eine Anstellung als

Saisonarbeitskraft. In diesem Bereich ist zudem ein Rückgang zu konstatieren: Waren 2004 noch 333.700 Ausländer als Saisonarbeiter beschäftigt, ging deren Zahl bis 2006 auf 303.500 zurück.⁴⁴ Und dies obwohl die Quote zur Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer zum Jahr 2006 – zumindest in der Landwirtschaft – von 80 auf 90 Prozentpunkte erhöht worden ist.⁴⁵ Allerdings spricht das keineswegs für einen generellen Bedeutungsverlust dieser Erwerbsform. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich das Ausmaß der Saisonarbeitnehmer beinahe verdreifacht. So waren 1994 lediglich 137.819 Ausländer als Saisonkräfte in Deutschland beschäftigt.⁴⁶

Seit Mitte der 1990er Jahre waren 80 % der angeworbenen Saisonarbeitnehmer polnische Staatangehörige. 2007 sank ihr Anteil auf 76 %. Auch entgegen des allgemeinen Trends – dem Rückgang der Anwerbung von Saisonarbeitskräften – lässt sich für Saisonarbeitnehmer aus Rumänien seit 2004 eine Verdopplung des Anteils verzeichnen. Ihr Anteil betrug im Jahr 2007 19 %.⁴⁷

4.6 Niedriglohnbeschäftigung

Seit 1997 lässt sich für Deutschland eine expansive Entwicklung von Niedriglohnbeschäftigung ausmachen. Inzwischen verdienen ca. 6,5 Mio. Menschen weniger als zwei Drittel des Medianlohns.⁴⁸ 2006 traf dies bereits auf jeden siebten Vollzeitbeschäftigten zu. Die höchsten Anteile weisen Frauen (30,5 %) und Geringqualifizierte (45,6 %) auf. Doch rund drei Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder gar einen akademischen Abschluss.⁴⁹ Dass die Aufwärtsmobilität im Niedriglohnsektor hierzulande trotz solcher Voraussetzungen rückläufig ist, signalisiert eine Verstärkung prekärer Lagen.⁵⁰ Diese Entwicklung geht zudem mit einem wachsenden Anteil ausländischer Beschäftigter an der Niedriglohnbeschäftigung einher. Bosch und Kalina weisen diese Veränderungen anhand des Beschäftigtenpanels der Bundesagentur für Arbeit sowie dem SOEP nach. Der monatliche Medianlohn liegt bei 2.492 €; die Niedriglohn-

⁴⁴ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung mit Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): S. 99 f.

⁴⁵ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008): Informationen zur Beschäftigung ausländischer Saisonarbeitnehmer in der Landwirtschaft. Berlin, S. 3.

⁴⁶ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2005): 6. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin, S. 80 f.

⁴⁷ Bundesministerium des Innern. Referat Öffentlichkeitsarbeit (2008): S. 84f.

⁴⁸ Bosch, Gerhard/ Weinkopf, Claudia (Hrsg.) (2007): Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt a.M./New York. Die Niedriglohnschwelle liegt in Deutschland bei 9,13 Euro Brutto pro Stunde. Misst man differenziert nach West und Ost, so liegt die Schwelle bei 9,61 und 6,81 Euro Brutto pro Stunde.

⁴⁹ Kalina, Thorsten/ Vanselow, Achim/ Weinkopf, Claudia (2008): Niedriglöhne in Deutschland. In: SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. Ausgabe 4/2008, S. 20-24.

⁵⁰ Bosch, Gerhard/ Kalina, Thorsten (2007): Niedriglöhne in Deutschland – Zahlen, Fakten, Ursachen. In: Bosch/Weinkopf (Hrsg.): a.a.O., S. 42 ff.

schwelle ist demnach bei 1.661 € zu ziehen. Auf Basis des Beschäftigtenpanels ergibt sich ein Anteil von 10,2 % ausländischer Beschäftigter im Niedriglohnbereich. Demgemäß haben knapp 27 % aller ausländischen Beschäftigten ein Einkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle; dies trifft hingegen nur für 17 % aller deutschen Arbeitnehmer zu (Tabelle 24).

Tabelle 24: Niedriglohnbeschäftigung von Ausländern auf Basis des Beschäftigtenpanels der BA (2003)

		Niedriglohnanteil (in der Kategorie)	Verteilung (Niedriglohn- beschäftigte)
Qualifikation	ohne Berufsausbildung	30,2 %	22,2 %
	mit Berufsausbildung	17,6 %	75,5 %
	Universität/ Fachhochschule	3,6 %	2,3 %
Alter	unter 25	42,8 %	18,0 %
	25 – 34	18,6 %	25,9 %
	35- 44	14,8 %	27,8 %
	45 – 54	14,5 %	20,6 %
	55+	14,3 %	7,7 %
Staatsangehörigkeit	Deutsche	17,0 %	89,7 %
	Ausländer	27,0 %	10,2 %
Gesamtwirtschaft		17,7 %	100,0 %

Quelle: Bosch, Gerhard/ Kalina, Thorsten (2007): S. 33, Tabelle 1.2; Berechnung auf Basis des Beschäftigtenpanels der Bundesagentur für Arbeit.

Gemäß des SOEP liegt der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten 2004 sogar noch über den Werten des Beschäftigtenpanels, wie in Tabelle 25 dargestellt. Für die Bundesrepublik ergibt sich hier ein Wert von 20,8 %, welcher nach Ansicht der Autoren eher die Untergrenze der Niedriglohnbeschäftigung kennzeichnen dürfte, da Zweit- oder Nebenjobs in der Berechnung nicht enthalten sind. Zwar sind dem SOEP folgend nur 7,3 % aller Niedriglohnbeschäftigten Ausländer, allerdings haben 31,2 % der ausländischen Beschäftigten ein Einkommen, welches weniger als zwei Drittel des Medianlohnes ausmacht. Demgegenüber sind 20,3 % der deutschen Arbeitnehmer in Niedriglohnbeschäftigungsverhältnissen angestellt.

Tabelle 25: Niedriglohnbeschäftigung von Ausländern auf Basis des SOEP 2004

		Niedriglohnanteil (in der Kategorie)	Verteilung (Niedriglohn- beschäftigte)
Qualifikation	ohne Berufsausbildung	42,1 %	22,4 %
	mit Berufsausbildung	21,5 %	67,2 %
	Universität/ Fachhoch- schule	9,4 %	10,4 %
Staatsange- hörigkeit	Deutsche	20,3 %	92,7 %
	Ausländer	31,2 %	7,2 %
Gesamtwirtschaft		20,8 %	100,0 %

Quelle: Bosch, Gerhard/ Kalina, Thorsten (2007): S. 38, Tabelle 1.5; Berechnung auf Basis des SOEP.

Im Längsschnitt ergibt sich eine Zunahme des Anteils ausländischer Beschäftigter im Niedriglohnsektor (Tabelle 26). Generell lässt sich hier seit Mitte der 1990er Jahre ein Anstieg des Anteils um 0,7 % verzeichnen. 2006 ging der Anteil ausländischer Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor leicht von 12,2 % (2000) auf 12,1 % zurück. In diesem Kontext ist jedoch auch die Lohnentwicklung zu beachten. Die sinkenden Reallöhne bewirken das Absinken der Niedriglohnschwelle und damit ein generell niedrigeres ökonomisches Niveau auch dann, wenn die Niedriglohnschwelle formal überschritten wird.

Tabelle 26: Niedriglohnbeschäftigung auf Basis des SOEP

		1995	2000	2006
Qualifikation	ohne Berufsausbildung	33,5 %	26,1 %	26,4 %
	mit Berufsausbildung	58,6 %	66,4 %	67,5 %
	Universität/ Fachhochschule	7,9 %	7,5 %	6,1 %
Alter	unter 25	13,8 %	15,2 %	12,3 %
	25 – 34	26,3 %	24,3 %	23,4 %
	35 – 44	22,3 %	25,8 %	29,9 %
	45 – 54	20,8 %	21,0 %	19,8 %
	55 +	16,9 %	13,7 %	14,7 %
Nationalität	Deutsche	88,5 %	87,7 %	87,9 %
	Ausländer	11,5 %	12,2 %	12,1 %

Quelle: Kalina, Thorsten/ Vanselow, Achim/ Weinkopf, Claudia (2008): Niedriglöhne in Deutschland. In: SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. Ausgabe 4/2008, S. 20-24, hier S. 23; Berechnung auf Basis des SOEP 2006.

Bei der Einkommenshöhe fällt zunächst auf, dass es ein generelles Lohngefälle in der niedrigsten Einkommensgruppe gibt (Tabelle 27): Demnach haben 36,7 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ein Einkommen bis 1.100 €, ihnen stehen 44,8 % der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gegenüber. Die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund ist damit hier deutlich überdurchschnittlich vertreten. Die einzelnen Migrationsgruppen liegen dabei mit Werten zwischen 44,5 und 44,9 % relativ im Durchschnitt und weisen kaum Abweichungen auf. In der Einkommensgruppe von 1.100 bis 2000 € sind die Bevölkerungsgruppen mit (40,6 %) und ohne (39,3 %) Migrationshintergrund zu etwa gleichen Teilen vertreten, wobei eine geringe Überrepräsentanz der Menschen mit Migrationshintergrund zu konstatieren ist. Darüber hinaus können wir bei Menschen in diesem Einkommensbereich auch stärkere Differenzen zwischen den einzelnen Migrantengruppen feststellen. (Spät-)Aussiedler sind hier mit 42,9 % wesentlich häufiger vertreten, während zugewanderte und in Deutschland geborene Ausländer etwa durchschnittliche Werte aufweisen (40,1 %). Hingegen steht nur 38,9 % der Eingebürgerten ein Einkommen von 1.100 bis 2000 € zur Verfügung. Angesichts der überdurchschnittlichen Anteile von Migranten in den unteren Einkommensgruppen wenig überraschend, sind diese in den oberen Einkommensgruppen seltener vertreten. 17,1 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund

und 11,2 % der Migranten verfügen über ein Einkommen von 2.000 bis 3.200 €. Eine ähnlich deutliche Differenz zeigt sich für Einkommen von mehr als 3.200 €: Nicht-Migranten erzielen zu 6,9 % in derart hohes Einkommen, hingegen nur 3,3 % der Migranten.

Tabelle 27: Einkommen nach Migrationshintergrund (Mittelwert des persönlichen Nettoeinkommens 2005)

		Erwerbstätige mit einem persönlichen Einkommen von			
		bis 1.100 €	1.100 bis unter 2000 €	2000 bis unter 3.200 €	3.200 € und mehr
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund		36,7 %	39,3 %	17,1 %	6,9 %
Bevölkerung mit Migrationshintergrund		44,8 %	40,6 %	11,2 %	3,3 %
Davon	(Spät-)Aussiedler und deren Nachkommen	44,9 %	42,9 %	10,0 %	2,2 %
	Eingebürgerte und deren Nachkommen	44,5 %	38,9 %	13,0 %	3,6 %
	Zugewanderte und in Dtl. geborene Ausländer	44,9 %	40,1 %	11,3 %	3,8 %
Gesamt		38,1 %	39,5 %	16,1 %	6,3 %

Quelle: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): Tabelle 37, S. 244.

5. Fazit: Von marginalisierter zu diskriminierender Armut und Prekarität

Die vorangegangenen Darstellungen bestätigen die Annahme einer Benachteiligung von Migranten in verschiedenen Sektoren des Arbeitsmarktes. Auch wenn die vorliegenden statistischen Daten mitunter nur Tendenzen belegen, gibt es doch genügend Indikatoren, die für deutliche Unterschiede zwischen Migranten und Nicht-Migranten sprechen. Die überdurchschnittliche Beteiligung an geringfügiger Beschäftigung aber auch die höheren Quoten bei Selbstständigkeit, die häufig unter ungünstigeren Ausgangsvoraussetzungen aufgenommen wird, seien an dieser Stelle exemplarisch genannt. Doch was lässt sich aus solchen Daten entnehmen?

Marginale Armut und Prekarität als Folie

Um den Zusammenhang von Migration und Prekarität genauer zu beleuchten, ist es sinnvoll, sich zunächst noch einmal die historische Folie vor Augen zu führen, vor deren Hintergrund das Neue an aktuellen Prekarisierungstendenzen beleuchtet werden kann. Von außen betrachtet erscheint der deutsche Fall als „paradox“⁵¹, denn obwohl viele Indizien für eine Forcierung und Zunahme von Prekarisierungstendenzen sprechen, wird das Phänomen in der sozialwissenschaftlichen wie auch in der politischen Debatte noch immer verharmlost oder gänzlich in Abrede gestellt. Eigentlich sind solche Reaktionen charakteristisch für Gesellschaften, die Armut und Prekarität erfolgreich marginalisieren. Solche Gesellschaften hatten sich im Westen in den Jahren der außergewöhnlichen Nachkriegsprosperität herausgebildet. Dort entstand, was Marx noch für undenkbar gehalten hatte: ein Kapitalismus „ohne industrielle Reservearmee“⁵². Es gelang nicht nur, den prekären Charakter von Lohnarbeit mittels sozialer Rechte und garantierter Partizipationsansprüche zu entschärfen, auch die Armut wurde gezähmt. Sie verschwand zwar nicht, erschien aber mehr und mehr als Problem gesellschaftlicher „Randschichten“⁵³. So lag der Anteil der Familien, die mit einem Einkommen unterhalb der relativen Armutsgrenze (weniger als 50 % des durchschnittlichen Haushaltseinkommens) auskommen mussten, 1962 in der Bundesrepublik noch bei 11 %; 1973 war er bereits um ein Drittel reduziert.⁵⁴

⁵¹ Paugam, Serge (2008): Die elementaren Formen der Armut. Hamburg, S. 282.

⁵² Lutz, Burkhard: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt a.M./ New York 1984, S. 184 ff.

⁵³ Geißler, Rainer (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage, S. 201 ff.

⁵⁴ Ebd., S. 205.

Marginale Armut⁵⁵ und Prekarität entfaltete sich wesentlich außerhalb der tariflich und gesetzlich geschützten Lohnarbeit. Es handelte sich um eine Armut von Minderheiten mit großer Nähe zu den „sozial Verachteten“⁵⁶, den ca. 5 % am untersten Rand der Gesellschaft. Wenn auch nicht vollständig mit diesen Gruppen identisch, so entsprach der harte Kern der Armen doch jenen, die zu eigenständiger Existenzsicherung nicht fähig schienen und daher auf Fürsorgeleistungen der Gesellschaft angewiesen waren⁵⁷. Diese Form der Armut gesellschaftlicher „Randschichten“ eignet sich bis heute hervorragend für individualisierende Problemdeutungen. Jener Mehrheit der Beschäftigten, für die Lohnarbeit zur Basis einer halbwegs stabilen, längerfristigen, zukunftsorientierten Lebensführung geworden war, galten die randständigen Armen bestenfalls als Hilfsbedürftige. Häufig dienten die „Schmuddelkinder“ (F. J. Degenhardt) aber auch als Projektionsfläche für negative Klassifikationen und Schuldzuschreibungen. In jedem Fall befanden sich die Armen in einer eigenen Welt. Der Pauperismus schien für die Mehrheiten in den Lohnarbeitsgesellschaften erledigt und allenfalls als Problem von Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen relevant.

Das Bild verschiebt sich jedoch etwas, wenn man berücksichtigt, dass der „soziale Kapitalismus“ der Nachkriegsjahrzehnte zu jeder Zeit eine *gemischte Wirtschaft* war. Wenn Burkhard Lutz die gesellschaftliche Entwicklung als „Landnahme“, als einen mehr oder minder linearen Prozess des Aufsaugens eines traditionellen, agrarisch-landwirtschaftlichen Sektors beschreibt, übersieht er gegenläufige Entwicklungen. Die weltmarkt- wie gewinnorientierte Wirtschaft basierte auf Sektoren, Leistungen und Tätigkeiten, die einem anderen Rationalitätsprinzip folgten als die gewinnorientierten Großunternehmen. Dementsprechend wirkten sich Staatsintervention und die Institutionalisierung von Gewerkschaftsmacht keineswegs gleichförmig auf die gesamte Wirtschaft aus. Neben der weltmarktorientierten privatkapitalistischen Wirtschaft existierte ein heterogener klein- und mittelbetrieblicher Sektor mit spezifischen Sozialbeziehungen und Produktionsformen. Die private Wirtschaft interagierte mit einem öffentlichen Sektor (Rationalitätsprinzip einer Versorgung durch Produktion und Bereitstellung öffentlicher Güter), in welchem die De-Kommodifizierung der Arbeitskraft besonders weit vorangetrieben war, einem Non-Profit- (politisch-ethisches Rationalitätsprinzip) und einem Hauswirtschaftssektor (Fürsorge-, Versorgungs- und Vorsorgerationalität) mit reproduktiven Funktionen. Daneben gab es bereits einen illegalen oder informellen Sektor

⁵⁵ Paugam, Serge (2008): a.a.O., S. 164 ff.

⁵⁶ Dahrendorf, Ralf (1967): *Society and Democracy in Germany*. New York, S. 88.

⁵⁷ Simmel, Georg (1992): „Der Arme“. In: ders.: *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Gesamtausgabe Bd. 11, S. 512-555.

(Überlebensrationalität) mit unterschiedlichen Formen von Schattenarbeit und teilweise illegalen Tätigkeiten.⁵⁸ Schutzmechanismen wirkten vor allem dort, wo organisierte Arbeitermacht vergleichsweise durchsetzungsfähig war – im Staatssektor und in den großen Unternehmen mit einem hohen Anteil überwiegend männlicher Vollzeitbeschäftigter. Die Verteilung auf die unterschiedlichen Sektoren erfolgte wesentlich anhand von Geschlecht, Qualifikationen und Nationalität/Ethnie. Frauen landeten zu einem großen Teil in den weniger geschützten Sektoren einschließlich der Hauswirtschaft. Eine wesentliche Ursache hierfür waren – neben ständischen und politisch-institutionellen Diskriminierungen – die Grundmechanismen einer sozialen Ordnung, „die wie eine gigantische symbolische Maschine zur Ratifizierung männlicher Herrschaft“ funktionierte⁵⁹. Auch die Migranten hatten überwiegend eine prekäre soziale Stellung, wenngleich die sogenannten „Gastarbeiter“ zunächst in Vollzeitbeschäftigung integriert waren. Diese Prekarität resultierte primär aus ihrem transitorischen Status. Vom „Gast erwartete man, dass er gehen würde, wenn man ihn nicht mehr benötigte“. In diesem problematischen Grundverständnis wurzelt ein Teil der heutigen Integrationsprobleme.

Übergang zu „disqualifizierender Armut“

Heute kann man nicht mehr von marginalisierter Armut und Prekarität sprechen. Das nicht nur, weil die relative Armut schon zu Beginn des Jahrzehnts wieder das westdeutsche Niveau der 1960er Jahre erreicht hatte.⁶⁰ Auch zuvor integrierte Schichten werden von rasanten Veränderungen erfasst. Das gesamte Projekt der „organisierten Moderne“, das in seinen unterschiedlichen Ausprägungen in Ost und West abhängige Erwerbsarbeit in ein gesellschaftliches Integrationsmedium verwandelt hatte, ist an seine Grenzen gestoßen. Mit dem Niedergang dieses Projekts zerfällt auch jenes Regime der „organisierten Zeit“, das es dem Gros der Lohnabhängigen erlaubt hatte, „eine langfristige Arbeit im Dienste eines Unternehmens in Zusammenhang mit bestimmten Einkommenszuwächsen zu bringen“.⁶¹ Zerfall bedeutet freilich nicht abruptes Verschwinden. In Deutschland befindet sich die Mehrzahl der Beschäftigten formal noch immer in geschützter Beschäftigung. Diese Mehrheit definiert die gesellschaftlichen Standards für Einkommen und Beschäftigungssicherheit. Das geschieht jedoch in einem radikal veränderten gesellschaftlichen Umfeld. Unter dem Druck von wirtschaftlicher Internationalisierung und deutscher Vereinigung hat sich der für den sozialen

⁵⁸ Ähnlich: Gubitzer, Luise (2006): Wirtschaft ist mehr. Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft als Grundlage für Geschlechtergerechtigkeit. In: Widerspruch 50. Alternativen! Zürich, S. 17-29.

⁵⁹ Bourdieu, Pierre (2005): Die männliche Herrschaft. Frankfurt a.M., S. 21.

⁶⁰ Geißler, Rainer (2006): a.a.O., S.226.

⁶¹ Sennett, Richard (2007): Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin, S. 24.

Kapitalismus prägende „Zug zur Mitte“ in eine neue Polarisierung von Arm und Reich verkehrt, so dass selbst konservative Zeitdiagnostiker von einer „neuen Klassengesellschaft“ sprechen.⁶² In diesem Kontext vollzieht sich der Übergang von „marginaler“ zu diskriminierender Armut und Prekarität. Betroffen sind in größerem Ausmaß zuvor integrierte Bevölkerungsteile, die aus der „produktiven Sphäre“ hinausgeschleudert werden und „hinsichtlich ihrer Einkommens-, Wohnungs- und Gesundheitssituation mit immer prekärer werdenden Situationen zu kämpfen“ haben.⁶³

Drei Kristallisationspunkte von Prekarität

Angesichts dieser Entwicklung ist die soziale Frage weniger denn je exklusives Problem „sozialer Randschichten“. Und sie ist auch nicht identisch mit der Zunahme von Armen, deren Abstand zu den gesicherten gesellschaftlichen Positionen („Armutskluft“) beständig wächst. „Prekäre Situationen“ bündeln sich an mindestens drei Kristallisationspunkten. Am unteren Ende der sozialen Hierarchie befinden sich jene, die zu den „Überzähligen“ der Arbeitsgesellschaft zählen.⁶⁴ Zu ihnen gehört die Mehrzahl der ca. 7,4 Millionen (April 2007) Empfänger von Leistungen der Grundsicherung, unter ihnen 2,5 Mio. Arbeitslose und 1,3 Mio. abhängig Beschäftigte. Soweit arbeitsfähig, streben diese sozial und kulturell äußerst heterogenen Gruppen in ihrer großen Mehrheit nach Integration in reguläre Beschäftigung. Nur kleine Minderheiten, die keine realistische Chance auf Integration in reguläre Erwerbsarbeit besitzen, verwandeln den objektiven Mangel an Chancen in eine auch subjektiv gewollte Orientierung auf ein Leben jenseits von regulärer Arbeit. Zwar kann von einer Herausbildung ghettoartiger Subgesellschaften hierzulande noch keine Rede sein, es gibt aber durchaus Hinweise, die für eine soziale Vererbung von Armut und Arbeitslosigkeit in – nicht nur ost-deutschen – Problemregionen sprechen.

Von den „Überzähligen“ im engeren Sinne lassen sich die eigentlichen „Prekariert“ abgrenzen. Gemeint sind die zahlenmäßig und trotz konjunktureller Belebung expandierenden Gruppen, die über längere Zeiträume hinweg auf die Ausübung unsicherer, niedrig entlohnter und gesellschaftlich gering angesehener Arbeiten angewiesen sind.⁶⁵ Die Zunahme nicht-standardisierter Beschäftigung auf weit mehr als ein Drittel aller Arbeitsverhältnisse ist dafür nur ein schwacher Indikator. Er verleitet zur Unterschätzung des Problems, weil er z. B. die

⁶² Nolte, Paul (2006): Riskante Moderne. Die Deutschen und der Neue Kapitalismus. München, S. 96.

⁶³ Paugam, Serge (2008): a.a.O., S. 280.

⁶⁴ Marx, Karl (1973): Das Kapital, Bd. 1, MEW 23. Berlin, S. 657 ff.

⁶⁵ Vgl. Vogel, Berthold (2008): Prekarität und Prekariat – Signalwörter neuer sozialer Ungleichheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament. Ausgabe 33-34/2008, S. 12 – 18.

rasche Ausdehnung des Niedriglohnsektors nur unzureichend reflektiert. Ein weiterer, eher versteckter Kristallisationspunkt von Prekarität existiert innerhalb formal geschützter Beschäftigung. Gemeint ist die Angst vor Statusverlust, die relevante Teile der Arbeiter und Angestellten umtreibt. Solche Ängste entsprechen nicht unbedingt objektiven Bedrohungen; sie sind aber auch nicht bloßes Indiz übersteigter Sicherheitsbedürfnisse. Standortkonkurrenzen, Tarifdumping, Reallohnverlust und interessenpolitischer Rückschritt, wie er in zahlreichen Betriebsvereinbarungen mit befristeten Beschäftigungsgarantien fixiert ist, nähren selbst im gewerkschaftlich organisierten Kern der Arbeitnehmer die Befürchtung, den Anschluss an die Mittelschichten zu verlieren.⁶⁶ Zwar gibt es noch immer viele empirische Indizien, die für eine erhebliche Stabilität der sozialen Mitte sprechen, Erosionsprozesse lassen sich jedoch kaum übersehen. So ist vom schwierigeren „Zugang zur gesellschaftlichen Mitte“ und einer Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse „gerade am Rand der gesellschaftlichen Mitte“ die Rede. Und angesichts sinkender Einkommensvorsprünge und wachsender Arbeitsmarktrisiken seien Existenzängste selbst im abgegrenzten „Kern der gesellschaftlichen Mitte“ wenig verwunderlich.⁶⁷

All dies zeigt, dass die Wiederkehr sozialer Unsicherheit⁶⁸ Erschütterungen auslöst, die weit über die sozialen Randschichten hinaus ausstrahlen. Der Kapitalismus ohne Reservearmee ist auch in Deutschland vorerst Geschichte und die Folgen machen vor dem geschützten Teil der Beschäftigten nicht halt. Es sind vor allem Arbeiter mit unregelmäßiger Beschäftigung und Lebensbedingungen deutlich unter dem „Durchschnitt der Klasse“⁶⁹, deren bloße Präsenz die Festangestellten diszipliniert. Einem Bumerangeffekt gleich sorgt die Konkurrenz der Prekariert dafür, dass die Stammbeschäftigten ihre Festanstellung als Privileg empfinden, das es mit Zähnen und Klauen zu verteidigen gilt. Auch die Mobilisierung von Ressentiments gegen andere, weniger Leistungsfähige, Arbeitslose und Arme kann dafür ein Mittel sein.

Just in diesem Kontext stellt sich die Frage, welchen Platz Gruppen mit Migrationshintergrund in diesem Szenario einnehmen. Auf der Basis der vorliegenden Daten lassen sich dazu keine gesicherten Aussagen machen, außer der, dass Migranten wahrscheinlich an allen

⁶⁶ Hürtgen, Stefanie (2008): Prekarität als Normalität. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 4708, S. 113-119.

⁶⁷ Werding, Martin/ Müller, Marianne (2007): Globalisierung und gesellschaftliche Mitte. Beobachtungen aus ökonomischer Sicht. In: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.): Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht. Frankfurt a.M., S. 157.

⁶⁸ Castel, Robert/ Dörre, Klaus (Hrsg.) (2008): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt a.M./New York. Im Erscheinen.

⁶⁹ Marx (1973, a.a.O. S. 672) bezeichnete sie als „stagnanten“ Teil der Reservearmee.

Kristallisationspunkten von Prekarität überdurchschnittlich vertreten sind. Was das für die sozialräumliche Konzentration und die subjektive Verarbeitung von Prekarität, aber auch für die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen bedeutet, ist auf Grundlage der präsentierten Daten nicht zu ermitteln.

Gegen letztlich Demokratie gefährdende Potentiale der Prekarisierung hilft noch vor politischen Maßnahmen vor allem eines: eine offene, aufklärerische Debatte über Ausmaß und Facetten der reaktualisierten sozialen Frage. Dazu gehört die Einsicht, dass die Lebensqualität auch der nicht-migrantischen Mehrheitsbevölkerung sich auch danach bemisst, ob es gelingt, den Bevölkerungsteilen mit Migrationshintergrund, die längst keine „Randgruppe“ mehr sind, ein Leben oberhalb einer „Schwelle der Respektabilität“ zu ermöglichen. Der Übergang zu diskriminierender Armut und Prekarität verlangt nach realitätstauglichen Deutungen. Ohne angemessenes Problemverständnis wird indessen jede noch so gut gemeinte Integrationspolitik Stückwerk bleiben.

6. Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2005): 6. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): 7. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.

Bosch, Gerhard/ Kalina, Thorsten (2007): Niedriglöhne in Deutschland – Zahlen, Fakten, Ursachen. In: Bosch, Gerhard/ Weinkopf, Claudia (Hrsg.): Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt/ New York, S. 20 – 105.

Bourdieu, Pierre (2005): Die männliche Herrschaft. Frankfurt a.M.

Brenke, Karl (2008): Migranten in Berlin: Schlechte Jobchancen, geringere Einkommen, hohe Transferabhängigkeit. In: DIW Wochenbericht. 75. Jahrgang. Heft 35. S. 496 – 507.

Brinkmann, Ulrich/ Dörre, Klaus/ Röbenack, Silke (2006): Prekäre Arbeit. Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Bonn.

Bundesagentur für Arbeit (2006): Beratung. Vermittlung. Förderung. Integration von Migranten. Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2007a): Analytikreport der Statistik. Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer. Januar 2007.

Bundesagentur für Arbeit (2007b): Bericht der Statistik der BA. Mini- und Midijobs in Deutschland. Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2007c): Entwicklung und Struktur 2000 – 2007. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Erwerbsarbeit. Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitnehmerüberlassung – Leiharbeiter und Verleihbetriebe im 2. Halbjahr 2007. Nürnberg.

Bundesministerium des Innern. Referat Öffentlichkeitsarbeit (2008): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2007.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2006): Die Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Bericht 2006 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Wirkung der Umsetzung der Vorschläge der Kommission moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (ohne Grundsicherung für Arbeitssuchende). Berlin.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008): Informationen zur Beschäftigung ausländischer Saisonarbeiter in der Landwirtschaft. Berlin.

Castel, Robert/ Dörre, Klaus (Hrsg.) (2008): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt a.M./New York. Im Erscheinen.

Dahrendorf, Ralf (1967): Society and Democracy in Germany. New York.

DGB Bildungswerk. Datendienst Migration (2007): Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und deren ARGENT. Düsseldorf.

Diefenbach, Heike (2004): Ethnische Segmentation im deutschen Schulsystem – Eine Zustandsbeschreibung und einige Erklärungen für den Zustand. In: Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Kultur (Hrsg.): Jahrbuch Arbeit, Bildung, Kultur e.V. Bd. 21/22. 2003/04, S. 225 – 255.

Dörre, Klaus (2006): Prekäre Arbeit. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ihre sozialen Folgen. In: Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik. 15. Jahrgang. Heft 1. S. 181 – 193.

Dörre, Klaus/ Holst, Hajo (2008): Funktionswandel von Zeitarbeit? Auswirkungen veränderter betrieblicher Nutzungsformen von Leiharbeit auf die betrieblichen Arbeitsbeziehungen. Antrag auf Forschungsförderung an die Otto-Brenner-Stiftung. Ms. Jena.

Flan, Helena (2007): Migranten in Deutschland. Statistiken – Fakten – Diskurse. Konstanz.

Geißler, Rainer (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage.

Gubitzer, Luise (2006): Wirtschaft ist mehr. Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft als Grundlage für Geschlechtergerechtigkeit. In: Widerspruch 50. Alternativen! Zürich, S. 17-29.

Hürtgen, Stefanie (2008): Prekarität als Normalität. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 4'08, S. 113-119.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2008): IAB-Kurzbericht 5/2008. Aktuelle Analysen und Kommentare aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Kalina, Thorsten/ Vanselow, Achim/ Weinkopf, Claudia (2008): Niedriglöhne in Deutschland. In: SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. Ausgabe 4/2008, S. 20-24.

Krell, Gertraude (2002): Diversity Management. Optionen für (mehr) Frauen in Führungspositionen? In: Peters, Sibylle/Bensel, Norbert (Hg.): Frauen und Männer im Management. Diversity in Diskurs und Praxis. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden, S. 105-118.

Lutz, Burkhard (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt a. M./ New York.

Marx, Karl (1973): Das Kapital, Bd. 1, MEW 23. Berlin.

Mayer-Ahuja, Nicole (2003): Wieder dienen lernen: vom westdeutschen „Normalarbeitsverhältnis“ zu prekärer Beschäftigung seit 1973. Berlin.

Nolte, Paul (2006): Riskante Moderne. Die Deutschen und der Neue Kapitalismus. München.

Paugam, Serge (2008): Die elementaren Formen der Armut. Hamburg,

Promberger, Markus et al. (2006): Leiharbeit im Betrieb. Strukturen, Kontexte und Handhabungen einer atypischen Beschäftigungsform. Abschlussbericht. Nürnberg.

Sauer, Dieter (2005): Arbeit unter (Markt-)Druck: Ist noch Raum für innovative Arbeitspolitik? In: WSI-Mitteilungen, 58. Jahrgang. Heft 4, S.179-185.

Sennett, Richard (2007): Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin

Simmel, Georg (1992): „Der Arme“. In: ders.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe Bd. 11, S. 512-555.

Statistisches Bundesamt (2007): Statistisches Jahrbuch 2007. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008): Fachserie 1. Reihe 2.2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Wiesbaden.

Streeck, Wolfgang/ Heinze, Rolf (1999): An Arbeit fehlt es nicht. Die bisherige Beschäftigungspolitik ist gescheitert, eine radikale Wende unumgänglich: Im Dienstleistungssektor könnten Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Ein Reformprogramm. In: Spiegel 19/1999. S. 38 – 45.

Tolciu, Andres/ Schaland, Ann-Julia (2008): Selbstständige Migranten in Deutschland. In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik. 88. Jahrgang. Heft 8. S. 536 -542.

Vogel, Berthold (2008): Prekarität und Prekariat – Signalwörter neuer sozialer Ungleichheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament. Ausgabe 33-34/2008, S. 12 – 18.

Werding, Martin/ Müller, Marianne (2007): Globalisierung und gesellschaftliche Mitte. Beobachtungen aus ökonomischer Sicht. In: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.): Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht. Frankfurt a.M.

Wlecklik, Petra (2008): Migratinnen in der Arbeitswelt. Abschied von tradierten Bildern, unzulänglichen Fakten und einer verfehlten Integrationspolitik? In: Schwitzer, Helga/ Winkler, Christiane/ Kopel, Mechthild (Hrsg.): aktiv-kompetent-mittendrin. Frauenbilder in der Welt der Arbeit. S. 45 – 52.

WORKING PAPERS: ECONOMIC SOCIOLOGY JENA

Bisher erschienene (#) und geplante (*) Ausgaben (Stand: Juni 2009):

- # 1/2007 Dörre, K.: Entsteht eine "neue Unterschicht"? Anmerkungen zur Rückkehr der sozialen Frage in die Politik
- # 2/2007 Martens, B.; Bluhm, K.: „Shareholder Value“ ohne Aktionäre? Diffusion und mögliche Folgen wertorientierter Unternehmenssteuerung im industriellen Mittelstand
- # 3/2008 Becker, K.; Brinkmann, U.; Engel, T.: Lohnt sich Arbeits- und Gesundheitsschutz? Bilanzierung von Kosten & Nutzen angesichts neuer Belastungsformen
- # 4/2008 Brinkmann, U.: "Sick society" and "Buschzulage" - Images of the East German Transformation
- # 5/2008 Dörre, K.; Holst, H.; Thieme, C.: Leiharbeit in Thüringen. Eine Bestandsaufnahme
- # 6/2008 Bluhm, K.; Demmler, P.; Martens, B.; Trappmann, V.: Fach- und Führungskräfte in mittelständischen Unternehmen – Bedarf, Rekrutierung, Bindung
- # 7/2009 Lehmann, D.; Dörre, K.; Scherschel, K.: Prekarität und Migration. Ausgewählte Daten und Trends
- * 8/2009 Brinkmann, U.: Intrapreneurship: Promises, Ambiguities and Limitation

Impressum

WORKING PAPERS: ECONOMIC SOCIOLOGY JENA
ISSN 1864-7588

© 2009 Lehrstuhl Arbeits-, Industrie- & Wirtschaftssoziologie,
Institut für Soziologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena
Post: D-07737 Jena, Besuch: Carl-Zeiss-Str. 2, D-07743 Jena
Telefon: +49 3641 9 45520, Fax: +49 3641 9 45522
Internetauftritt des Arbeitsbereichs: http://www.soziologie.uni-jena.de/ls_doerre.html

WORKING PAPERS: ECONOMIC SOCIOLOGY JENA
DOWNLOAD: <http://www.soziologie.uni-jena.de/WPESJ.html>